

Posener Zeitung.

Siebenundseitigster Jahrgang.

Annoncen-Bureau
Annahme-Bureau
In Polen
außer in der Expedition
bei Krupski (L. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedhofstr. 4;
in Brünn bei Herrn L. Streitb.
in Frankfurt a. M.;
G. J. Hanke & Co.

Nr. 733.

Das Abonnement auf dieses Regelmäßig zwei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt
Posen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Pf.
Abonnements zu nehmen alle Buchhandlungen des deutschen
Reiches an.

Dienstag, 20. Oktober
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-Bureau
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, G. T. Müller;
Rudolph Weiß;
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Salzburg;
Haasenfelder & Sohn;
in Berlin;
J. Lehmann, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Jakob.

1874.

Siehe an d. Ob. die hochgehaltene Zeile über oben
Sachen, welches Verhältniss steht, und an die
Expedition zu richten und werden für die im folgenden
Zeit-Morgens & über erscheinende Blätter bis 6 Uhr
Nachmittags angenommen.

Der Eisenacher Kongress für Sozialpolitik.

■ Berlin, 18. Oktober. Der Eisenacher Kongress für Sozialpolitik hat sich für Bestrafung des Kontraktbruches ausgesprochen. Diese Erklärung eines Kongresses, auf welchem die "Kathedersozialisten" hauptsächlich das Wort führten, hat Vieles überrascht. Ihren Spitznamen verdanken die seit 1872 alljährlich im Oktober in Eisenach tagenden Professoren der Volkswirtschaft und Geschichte ja wesentlich dem Umstande, daß sie die staatliche Fürsorge hauptsächlich für die Arbeiter, als den schwächeren Theil im Streit zwischen Kapital und Arbeit verlangen. Während nun sonst im Rechtsleben Kontraktbruch nur civilrechtliche Folgen hat, wird jetzt von dem Eisenacher Kongress eine Ausnahmebestimmung wesentlich zu Ungunsten der Arbeiter gefordert. Indessen ist jener Beschluss nur mit 33 gegen 31 Stimmen gefallen. In jener Befreiung ist zwar von Kathedersozialisten begründet worden, hat aber sehr verschiedene Elemente in sich aufgenommen. Der 1872 erhobene Streitfall der Professoren gegen die Freihändler oder "Manchestermänner" und deren einseitige Richtung in der Gesetzgebung lockte alle diesen herbei, welche überhaupt der neuere Reichsgesetzgebung abhold waren, sei es, daß sie eine Rückkehr zu früheren Beschränkungen des Arbeitsmarktes (Büntler) oder eine Verstärkung der Stellung der Arbeitgeber durch die Gesetzgebung (konservative Landwirthe und Vertreter der neuen Arbeitgeberorganisation), oder nur überhaupt eine Erweiterung der staatlichen Machtbefugnisse anzstreben. In der letzteren Richtung wurde dem Kongress auch das besondere Wohlwollen des von Bismarck-Wagner geleiteten preußischen Ministeriums zu Theil. Diese Gegenseite findet nun in der Frage des Kontraktbruches zum ersten Mal scharf aufeinander gestoßen. Die bisherigen Verhandlungen waren dazu nicht geeignet, weil sie entweder solche konkreten Fragen nicht in das Auge fassten, oder weil die erörterten Fragen — Fabrikgesetzgebung, Einigungskämter, Aktiengesellschaften — die Herrschaft des "Großkapitals" betrafen. Diesem Großkapital aber versetzten Bünftler und Geheimräthe gelegentlich ebenso gern wie Kathedersozialisten einen Schlag. In der Frage des Kontraktbruches aber kämpften die drei erstmals genannten Kategorien, verstärkt durch die Handelskammerfakultäten, gegen die Professoren, so daß diese, trotz der Unterstützung durch die Vertreter der Gewerbevereine, unterlagen. Die Gewerbevereine patrounierten nämlich den Kongress, weil sie von ihm in dem Bestreben nach gesetzlicher Anerkennung ihrer Vereine und Einigungskämter unterstützt zu werden hofften.

So bezeichnend die Abstimmung über die Bestrafung des Kontraktbruches aber auch für die Zusammensetzung des Kongresses ist, praktisch bleibt dieselbe bedeutungslos. Vor Jahresfrist hätte diese Frage geschickt erörtert, auf die Wahlen einen großen Einfluß üben können. Der gegenwärtige Reichstag hat in seiner Kommission den auf Bestrafung des Kontraktbruches zielenden Paragraphen einer Novelle der Regierung zur Gewerbeordnung abgelehnt. Die Regierung scheint denn auch die Novelle in der bevorstehenden Sessjon gar nicht wieder vorlegen zu wollen und thut auch Recht daran. Denn inzwischen haben die veränderten Verhältnisse des Arbeitsmarktes den Kontraktbruch der Arbeiter, wenn nicht ganz beseitigt, so doch für die Arbeitgeber unschädlich gemacht. Auch die Erörterung anderer wirtschaftlicher Fragen leidet jetzt nicht mehr unter der Aufregung der Leidenschaften. So lange die durch den französischen Krieg und seine Folgen hervorgerufene Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse momentan überall Mißstände und Mißbehagen hervorrief, war man nur zu geneigt, die Gesetzgebung dafür anzuklagen und ohne große Bedenken auch Änderungen in derselben, welche das Uebel nur noch verschlimmert hätten, zu genehmigen. Für die Dauer dieser Zeit hätte eine Koalition, wie sie sich auf dem eisenacher Kongress gegen die gesammte Richtung der wirtschaftlichen Reichsgesetzgebung, zusammenzuhalten schien, allerdings gefährlich werden können. Inzwischen verfangen die leidenschaftlichen Erörterungen, die Schlagworte und stolzen Della-mationen nicht mehr, man verlangt klar, bestimmte Vorschläge für die Gesetzgebung und prüft dann ihre voraussichtlichen Wirkungen nach allen Seiten hin. Da tritt dann alsbald hervor, daß man in Eisenach, wie überall nur mit Wasser lohen kann.

In der Frage der Altersversorgung der Arbeiter, dem zweiten auf der Tagesordnung in Eisenach stehenden Gegenstande hat man sich in Übereinstimmung mit dem volkswirtschaftlichen Kongress, der sich in Crefeld unlängst ebenfalls mit der Frage beschäftigte, gegen die Einführung obligatorischer Altersversorgungskassen, also für den Grundzustand wirtschaftlicher Freiheit erklärt. Dieser Beschluß wurde mit 28 gegen 11 Stimmen gefaßt; die eigentlichen Kathedersozialisten unter den Professoren wie Held, Wagner, befanden sich auch hier in der Minorität. Die Wahrheit erklärt sich wesentlich daraus, daß die Vertreter der Arbeitgeberinteressen den obligatorischen Pensionsklassen abhold sind, weil diese Kassen theils in bestehende freie Einrichtungen eingreifen, theils ihnen unbekannte Lasten auflegen würden. Eisenacher Sozialpolitiker und crefelder Volkswirthe unterscheiden sich daher in ihren Beschlüssen zu dieser Frage nur noch insofern von einander, als die ersten bei den freien Kassen "durch die Einwirkung staatlich approbierten Sachverständiger und andere geeignete Kontrollmaßregeln, sowie durch Errichtung einer obersten sachverständigen Behörde es thunlichst sicher stellen wollen, daß die Mitglieder für die einzuhaltenden Beiträge die versprochenen Leistungen auch wirklich dauernd gewährt werden können", während die crefelder Volkswirthe von solchen, theils unausführbaren, theils zweifelnden Maßnahmen absiehen und von Sachverständigen nur das von den bestehenden Invalidenkassen vorhandene Material bearbeiten und veröffentlichen lassen wollen. Nach dieser Annäherung in der Sache

wurde in Eisenach der Vorschlag gemacht, gemeinsam mit den Volkswirthen durch eine Kommission einen Gesetzentwurf über Invalidenkassen ausarbeiten zu lassen. Die Professoren vermochten diesen Vorschlag nur soweit zu bekämpfen, daß er dem Ausschuß zur Erörterung überwiesen wurde. Bewiesen aber ist durch die ganze Entwicklung, welche der Kongress seit 1872 genommen hat, daß Gegenseite, die auf dem Katheder vorgetragen, unverhältnißmäßig scheinen, sich oft in dem Maße ausgleichen, wie sie bei praktischer Gesetzesarbeit zur Anwendung gebracht werden sollen.

Über den Kongress zu Gunsten der Reichseinkommensteuer, welcher gleichzeitig in Eisenach beisammen war und auch von Sozialpolitikern besucht wurde, bleibt wenig zu sagen. Außer Schauz, Blum und dem konservativen Abgeordneten von Minnigerode schienen Reichstagsabgeordnete nicht zugegen gewesen zu sein. Man sprach sich für die Ersetzung der Matrikularkarte durch eine allgemeine Einkommen- oder Erwerbsteuer, als erste dringende Steuerreform im Reich, aus. Die Frage, was aus der Landeskommune werden sollte, welche Stellung die Einkommensteuer bei Feststellung des Reichshaushaltsetats einzunehmen habe u. a. wurde nicht erörtert, obgleich darin doch der eigentliche Kernpunkt der Frage steckt.

Die deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften.

Die Zahl der beobachteten Gesellschaften beläuft sich auf 51, gegen 44 im Vorjahr; von den beobachteten 51 Gesellschaften gehören 32 dem deutschen Reiche (darunter 19 Preußen), 17 Deutsch-Oesterreich und 2 der deutschen Schweiz an. Von diesen 51 Gesellschaften sind 31 Aktiengesellschaften und 20 beruhen auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Unter den Aktien-Gesellschaften hat den größten Geschäftsumfang die Germania in Stettin, (gleichzeitig die bedeutendste preußische Gesellschaft), unter den Gegenseitigkeits-Gesellschaften die Lebensversicherungsbank in Gotha. Trotz den ungünstigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und trotz der andauernden Theuerung aller Lebensbedürfnisse haben die deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften 1873 einen so reichen Zugang von Versicherungen erzielt, wie in keinem früheren Jahre. Der neue Zugang von Versicherungen belief sich im Jahre 1873 bei 31 Aktien-Gesellschaften auf

39,528 Personen mit Thlr. 33,710,148 Kapital

bei 51 Gesellschaften zusammen auf 98,692 Personen mit Thlr. 101,052,295 Kapital

Im Durchschnitt wurden mithin versichert auf jede Person

bei den Aktien-Gesellschaften Thlr. 1053,-

bei den Gegenseitigkeits-Gesellschaften 979,-

Nach Abzug der Gestorbenen und der bei Lebzeiten Ausgeschiedenen verblieb Ende 1873 für die eigentliche Lebensversicherung im engeren Sinne folgender Versicherungs-Bestand:

bei 31 Aktien-Gesellschaften

416,651 Personen mit Thlr. 382,520,608 Kapital

bei 20 Gegenseitigkeits-Gesellschaften

229,938 Personen mit Thlr. 228,947,539 "

bei 51 Gesellschaften zusammen

645,989 Personen mit Thlr. 611,468,147 Kapital.

d. i. auf jedes versicherte Leben im Durchschnitt Thlr. 946,-

Auf die Gesellschaften im deutschen Reiche fallen von diesem Bestande 437,564 Personen mit Thlr. 444,738,996 Kapital, welche sich auf die einzelnen Gesellschaften sehr ungleich verteilen; die beiden größten Gesellschaften des deutschen Reiches, die Lebens-Versicherungs-Bank in Gotha und die Germania in Stettin hatten allein einen Versicherungsbestand von zusammen 131,087 Personen mit Thlr. 111,574,516 Versicherungskapital. Bei den Gesellschaften in Oesterreich waren 188,501 Personen mit Thlr. 137,173,332 Kapital und bei denen in der Schweiz 19,924 Personen mit Thlr. 29,555,819 Kapital versichert. Im Vergleich mit dem Vorjahr vermehrte sich in dem letzten Jahre die Zahl der Gesellschaften um 7, die Zahl der versicherten Personen um 52,219 und das Versicherungskapital um Thlr. 61,409,532.

In der zehnjährigen Periode von 1851/63 fand eine Vermehrung von den Gesellschaften um 14, der versicherten Personen um 144,799 und des Versicherungskapitals um Thlr. 142,055,091, in der zehnjährigen Periode von 1864/73 dagegen eine Vermehrung der Gesellschaften um 24, der versicherten Personen um 451,171 und des Versicherungskapitals um Thlr. 408,161,386 statt. Diese Zahlen liefern den erfreulichen Beweis für die von Jahr zu Jahr wachsende Ausdehnung des deutschen Lebensversicherungs-Wesens, dieses wichtigen Zweiges des wirtschaftlichen Lebens unseres Volkes.

Am Prämiens und Zinsen wurden von den 51 Gesellschaften 1873 vereinbart Thlr. 25,508,180. Hier von wurden für 11,316 gestorbenen Versicherten aus den Hinterbliebenen Thlr. 9,318,094 gezahlt. Die durch Tod fällig gewordenen Versicherungssummen betragen 1,43 p.C. des im Jahre 1873 in Kraft befindlichen Versicherungskapitals und 38,50 p.C. der effektiven Jahreseinnahme sämtlicher deutschen Gesellschaften. Womit aus den Berichten der Gesellschaften über diesen Punkt eine Ausklärung zu entnehmen ist, wurden bei 18 Gesellschaften durch Tod der Versicherten Thlr. 322,822 mehr fällig, als diese Gesellschaften nach ihren Rechnungs-Grundlagen erwarten konnten, während 20 Gesellschaften weniger als rechnungsmäßig erwartet werden konnte, zu zahlen hatte, so daß im Ganzen Thlr. 470,630 weniger für Sterbefälle zu zahlen waren, als alle Gesellschaften zusammen nach ihren Rechnungen erwarteten konnten.

Für die Prämiensreserve, welche die Verpflichtungen der Gesellschaften ihren Versicherten gegenüber deckt, sind aus der Jahreseinnahme für 1873 entnommen worden Thlr. 7,623,306 = 29,50 p.C. Die Gesamtsumme der Prämiens-Reserve der 51 deutschen Gesellschaften erreichte die Höhe von Thlr. 78,313,297, so daß auf je 100 Thlr. des Totalbetrages von Thlr. 657,718,957 Versicherungssumme (incl. der Nebenzweige) je Thlr. 11,00 Prämiens-Reserve entfallen. Die Geschäftsfonds der 51 Gesellschaften im Ganzen, welche für ihre Verpflichtungen Garantie leisten, betrugen Ende 1873 Thlr. 149,965,414 gleich 22,50 p.C. der Gesamt-Verpflichtungssumme. Von diesen Fonds kommen Thlr. 108,209,497 = 26,00 p.C. ihres Versicherungskapitals auf die 31 Aktiengesellschaften und Thlr. 41,755,917 = 17,00 p.C. ihres Versicherungskapitals auf die Gegenseitigkeits-Gesellschaften. In Hypotheken waren von den Fonds aller Gesellschaften angelegt Thlr. 69,351,473 = 52,00 p.C. der Gesamt-Aktiva bei den Gesellschaften im deutschen Reiche, Thlr. 4,431,707 = 10,00 p.C. der Gesamt-Aktiva bei den öster-

reichischen Gesellschaften und Thlr. 1,271,553 = 21,00 p.C. der Gesamt-Aktiva bei den schweizerischen Gesellschaften.

Beachtet man die von den Gesellschaften des deutschen Reiches erzielten Resultate für sich allein, so ist deren Total-Versicherungsbetrag Ende 1873 gestiegen auf Thlr. 468,013,645, d. i. Thlr. 48,431,267 mehr als der Versicherungsbetrag Ende 1872 betrug. Ihr Sterbefonds belaufen diese Gesellschaften an die Hinterbliebenen Thlr. 6,509,750. Der Gesamtbetrag ihrer Garantiefonds ist um Thlr. 8,351,843 gestiegen auf Thlr. 108,730,469 und die Prämien-Reserve allein um Thlr. 5,821,292 auf Thlr. 60,203,960. Aus diesen Resultaten geht hervor, daß die Lebensversicherungs-Gesellschaften im deutschen Reich sich in einem Zustand kräftigen Aufblühens befinden und daß das Bild, welches das Lebensversicherungswesen im deutschen Reiche bietet, mit Recht als ein günstiges und befriedigendes bezeichnet werden kann.

[Einführung der Reichsmarkrechnung bei der Post.] Die am 1. Januar f. J. bevorstehende Einführung der Reichsmarkrechnung in dem größten Theile des Reichspostgebietes macht die Reichspostverwaltung verschiedener Postgebiete nothwendig. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt nunmehr mit dieser Änderung in der Schubertage zugleich einige andere wünschenswerte Änderungen, von dem gedachten Zeitpunkte ab auch im Postversendungsverkehr zur Anwendung zu bringen und hat deshalb dem Bundesrat die folgenden Vorschläge zur Annahme unterbreitet: Das Interesse des Verkehrs erhebt die Vereinfachung der unbegrenzten Gewichtsstufung von 50 zu 50 Gramm; der bayerische Postvereinsherrtrag vom 9. d. M. setzt für den internationalen Verkehr das Maximalgewicht der Drucksachen auf Gramm fest und erfordert also auch für den inneren Verkehr die Annahme von einem Kilogramm statt eines Pfundes als Maximalgewicht. Demgemäß wird für die Beförderung von Drucksachen folgender Tarif vorschlagen: bis 50 Gr. einschließlich 3 Mpf., über 50 bis 250 Gr. 10 Mpf., über 250 bis 500 20 Pf., über 500 Gr. bis ein Kgr. 30 Mpf. Das Porto für Drucksachen, welche in den durch das Reglement vorgeschriebenen Formen als extraordinaire Beilage der durch die Post debitierten Zeitungen zur Einlieferung gelangen, wird anstatt 1/4 Pf. fünftzig 1/4 Mpf. für jedes einzelne Exemplar zu betragen haben. — Das Porto für Warenproben beträgt gegenwärtig 4 Pf. für je 50 Gramm, das Maximalgewicht 250 Gr. Es wird vorschlagen, den Tarif dahin festzusetzen, daß für Warenproben bis zu 250 Gramm der einheitliche Satz von 10 Mpf. erhoben wird und damit die bisherigen fünf Portosätze zu beseitigen. Beigleich der Postanweisungsgebühr ist es nicht ratsam erscheinen, die selbe für kleine Belege bis auf 1 Gr. zu ermäßigen, da die Selbstbedienstellen für jede Postanweisung fast auf das Doppelte dieses Betrages beladen. Dagegen gestaltet die Einführung der Reichsmarkrechnung die Ausdehnung des Maximums der Einzahlung bis zu 200 Mark. Es wird deshalb vorschlagen, die Portozölle für die Einzahlungen in folgender Weise festzulegen: bis 100 Mark 20 Mpf., über 100 bis 250 Mark 30 Pf., über 200 bis 300 Mark 40 Mpf. Ferner wird in Bezug auf die Vorschussendungen vorschlagen: An Porto für solche Sendungen sind zu erheben: 1) die Vorschussbriefe (Postkarten, Drucksachen, Warenproben), ohne Unterschied des Gewichts, auf Entfernung bis zehn geographische Meilen einschließlich 20 Mpf.; auf alle weiteren Entfernungen 40 Mpf. Für unfrankierte Vorschussbriefe wird ein Portozuschlag von 10 Mpf. erhoben; 2) für Vorschusspakete das gesetzliche Porto für das Paket.

Deutschland.

■ Berlin, 18. Oktober. Es ist kürzlich in einem Spezialfalle eine Ministerial-Entscheidung darüber eingeholt worden, ob ein Ehepaar, von denen jeder einen besonderen königl. Posten und zwar der Mann als Steuerbeamter, die Frau als Gefangen-Anstalts-Ausseherin bekleidet, doppelte Wohnungsgeld-Zuschüsse erhalten darf. — Diese Entscheidung lautet, wie folgt: Die Regel, daß jeder Beamter entweder nur eine Mietkostenabschöpfung oder einen Wohnungsgeldzuschuß beziehen darf, kann nicht auf den Fall Anwendung finden, wenn von zwei Eheleuten jeder einen besonderen Posten bekleidet, vielmehr steht in diesem Falle jedem Theile der Genügs des vollen Einkommens, der durch ihn bekleideten Stelle zu. — Hinsichtlich der Zahlung von Vorschüssen bei fiskalischen Entreprise-Bauten an die betreffenden Bauunternehmer hat das Staatsministerium nachstehende Grundsätze accepiert: Nach den bisherigen Bestimmungen dürfen Zwischenzahlungen bei Entreprise-Bauten nur auf Grund und unter Befüllung des Beugnisses des Regierungs-Baubeamten, daß der Bau bis zu dem bestimmten Punkte vorgerückt sei, geleistet werden. Da es jedoch dringend wünschenswert erscheint, daß die Bauunternehmer so schnellig als möglich wegen ihrer Forderung befriedigt werden und die Anwesenheit des Regierungsbeamten nicht immer sofort zu ermäßigen ist, hat das Ministerium nachgegeben, daß die vorbeigezahlte Bezeichnung und Zahlungsanweisung auch von den Lokalbaubeamten aufgestellt und auf Grund derselben von den Lokalbehörden Zahlung geleistet werden kann. Zur Wahrung der Sicherheit der fiskalischen Kassen ist jedoch angeordnet, daß in allen solchen Fällen die Anweisung der in ausreichender Höhe zu normalen Schluzahlung den Provinzial-Behörden vorbehalten bleibt und die von den Baubeamten, der ihnen ertheilten Ermächtigung gemäß, direkt anzuweisenden Zwischenzahlungen nicht den vollen Werth der ausgeführten Arbeiten repräsentieren dürfen, vielmehr ein Mehrwerth der letzteren im Betrage von mindestens 10 Prozent unberücksichtigt bleiben muß.

— Das Gesetz wegen Errichtung eines Reichseisenbahnamtes vom 27. Juni v. J. bestimmt bekanntlich in seinem § 1: "Auch könnten nach Maßgabe des Bedürfnisses Reich-Eisenbahn-Kommissare bestellt werden, welche vom Reich-Eisenbahnamt ihre Instructionen empfangen." Diese Einrichtung soll nunmehr, wie verlautet, in das Leben treten. Die Obigkeiten der Reich-Eisenbahnkommissare würden bestehen in der Aufsicht über die Anordnungen der Reichsbehörde und in dem unmittelbaren Benehmen mit den Landesaufsichtsbehörden, mit den Bahnhverwaltungen selbst und mit dem Publizum als Organe der Reichszentralbehörde. Die Abgrenzung dieser Funktionen erscheint allerdings nicht leicht und eine weitere Schwierigkeit ist auch bei der Platzierung der Kommissare zu lösen. Von dem angeb-

lichen württembergischen Gegenentwurf zum Reichseisenbahngesetz ist hier noch nichts bekannt geworden, andererseits wird aber einem derartigen Vorgehen mit um so größerem Interesse entgegengesehen, als man nach wie vor das säumige Eingehen der beantragten Anerkennung der deutschen Regierungen zum Reichs-Eisenbahn-Gesetz zu beklagen hat. Die seiner Zeit gemachten Mittheilungen über eine Reichs-Eisenbahn-Akademie werden jetzt als völlig irrtümlich bezeichnet.

In der Plenarverhandlung des Ober-Tribunals-Senats für Strafsachen vom 12. d. M. wurde (neben der bereits mitgetheilten Rechtsfrage, betreffend den religiösen Unterricht) die für die Auslegung der preußischen Kirchengesetze wesentliche Frage entschieden. Ist ein Pfarrer, welcher nach der bestehenden Verfassung der Kirche befugt ist, einen Geistlichen zur vorübergehenden Stellvertretung oder Hilfsleistung anzunehmen, bezüglich der Uebertragung des Amtes als „geistlicher Oberer“ im Sinne der Maigesetze anzusehen und event. nach Paragraph 22 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen? Diese Frage, welche in einem Beschluss des Obertribunals gegen den Probst N. vom 17. April 1874 im bejahenden Sinne entschieden worden, wurde an den vereinigten Strafsenat zur Entscheidung verwiesen. Das Obertribunal erkannte auf Zurückweisung des Kassations-Recurses. Ein Pfarrer, selbst wenn er nach der bestehenden Verfassung der Kirche befugt ist, einen Geistlichen zur vorübergehenden Stellvertretung oder Hilfsleistung anzunehmen, ist demnach bezüglich der Uebertragung des Amtes im Sinne der Maigesetze nicht als geistlicher Oberer anzusehen.

Der Reichskanzler beantragte die Zustimmung des Bundesrathes zu einigen Änderungen in den Tarifbestimmungen zum § 13 des Postreglements vom 30. November 1871, welche zum Theil mit der Einführung der Reichsmarkrechnung zum Theil mit dem Berner Postvereinsvertrage vom 9. d. Mts. zusammenhängen. Es wird darüber folgendes gemeldet:

Die Gebühr für Postkarten, 5 resp. 10 Mpf. (½ resp. 1 Sgr.) bleibt unverändert. Das Porto für Drucksachen soll auf 3 Mpf., also etwas niedriger (½ Sgr. gleich 3% Mpf.), bis 50 Gramm inkl. festgesetzt werden, an die Stelle der Gewichtsstufung von 50 zu 50 Gramm folgende treten: über 50 bis 250 Gramm 10 Mpf., über 250 bis 500 Gramm 20, über 500 bis 1 Kilogramm 30 Mpf. Das Porto für Drucksachen, welche in den durch das Reglement vorgeschriebenen Formen als extraordinäre Beilagen der durch die Postdebitirten Zeitungen zur Einspeisung gelangen, wird anstatt ¼ Sgr. fünfzehn ¼ Mpf. für jedes einzelne Beilageexemplar zu beragen haben, wobei ein bei Berechnung des Gesamtvertrages sich ergebender Bruchteil einer Mark nöthigenfalls auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme aufwärts abgerundet ist. Bei dem Postanweisungsverkehr ist schon längst der schroffe Übergang der Gebühr von 2 auf 4 Sgr. (über 25 bis 50 Thlr.) als ein Uebelstand empfunden worden. Zuged. ist durch den am 1. Januar d. J. ins Leben getretenen neuen Fahrgeschäftsorttarif ein gewisses Mäßverhältnis zwischen dem Geldbriefporto und der Postanweisungsgebühr zu Ungunsten des Postanweisungsverkehrs entstanden. Die Reform des letzteren hat der Reichstag schon durch seine Resolution vom 21. April 1871 als nothwendig bezeichnet. Die Ermäßigung der Postanweisungsgebühr für kleine Beträge auf 1 Sgr. ist unthunlich, da die Selbstbetriebslosen für jede Postanweisung sich fast auf das Doppelte dieses Betrages beladen. Dessen gestattet die Einführung der Reichsmarkrechnung die Annahme von 3 Stufen zu 100, 200 und 300 M. Die Erhöhung des Maximums von 50 Thlr auf 300 M. entspricht dem Interesse des Verkehrs und ist vom Standpunkt der Verwaltung aus unbedenklich. Die Gebühr soll folgendermaßen bestimmt werden: bis 100 M. 20 Mpf.; über 100 bis 200 M. 30 Mpf.; über 200 bis 300 M. 40 Mpf. — Die Postanweisungsgebühr (pro Thlr. ½ Sgr.) soll nicht auf 5 Mpf. für je 3 M., sondern auf 2 Mpf. für jede Mark festgestellt werden. Der Mindestbetrag von 10 Mpf. wird beibehalten. Die Erhöhung der Gebühr wird gerechtfertigt durch die Kosten, welche der Verwaltung durch die mit den Vorschriften verbundene Arbeitslast erwachsen, und in der Erwägung, daß es im wohlverstandenen Interesse des Publikums liegt, die Begleichung der Forderungen auf dem gleich-

zeitig erleideten Wege des Postanweisungsverfahrens, so wie des Mandatverfahrens zu bewirken.

Das finanzielle Gesammtresultat aus diesen Vorschlägen wird in folgender Weise veranschlagt:

Mindererinnahme von den Drucksachen	40,000 Thlr.
" Postanweisungen	95,000 Thlr.
Sa.	135,000 Thlr.

Mehrerinnahme von den extraordinären

Zeitungsheilagen	700 Thlr.
" von den Warenproben	12,500 Thlr.
" von der Postvorschussgebühr	25,000 Thlr.

Sa. 38,200 Thlr.

Abgesehen von der Vermehrung des Verkehrs beträgt also die Mindererinnahme 96,800 Thlr. Diesem Ausfall steht indessen eine Mehrerinnahme von 130,000 Thlr. gegenüber, welche dadurch entsteht, daß mit Einführung der Reichsmarkrechnung das Briefporto von 1 Sgr. bez. 10 Mpf. auch in den Gebieten der Guldenwährung zur Erhebung gelangen wird.

Auf die in verschiedenen Blättern kursirende Nachricht hin, daß mehrere Bürgermeister in Rheinpreußen den Lehrern untersagt hätten, an den Konferenzen des Cäcilienvereins als eines staatsgefährlichen Theil zu nehmen, hat der Generalpräsident des deutschen Cäcilienvereins, Dr. Witt in Schaffhausen (Niederbayern), die Statuten des Vereins dem königlich preußischen Kultusministerium eingereicht und daraufhin folgendes von der „Germ.“ mitgetheilte Schreiben erhalten:

Berlin, 3. Okt. 1874. Ew. Hochwürden danke ich verbindlichst für die mir mittelst gefälligen Schreibens vom 24. vorigen Monats aufgesandten Statuten des allgemeinen deutschen Cäcilienvereins. Ich habe vom Inhalte desselben mit Interesse Kenntniß genommen und bin gern bereit, den anerkennenswerthen Bestrebungen dieses Vereins jede thunliche Förderung anzudecken zu lassen. Der preußische Minister der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. In Vertretung: Sydow.

Nach einer Entscheidung des Obertribunals vom 22. September er trifft in § 31 Tit. 1 Th. III der A. G. O. angestrahte Strafe für das Vergehen des mutwilligen Däurulirens bei Gericht sowohl die, welche ihres Unrechts gehörig bedeutet werden und dennoch mit ihren Klagen fortfahren, als auch die, welche durch wiederholtes ungestümtes Supplizieren etwas gegen Recht und Ordnung durchzusetzen suchen. — Im § 30 a. a. O. wird das Vergehen des Däurulirens in dreierlei verschiedenen, durch ein „oder“ mit einander verbundenen Fällen angenommen. Der zweite Fall lautet: „oder nachdem sie ihres Unrechts gehörig bedeutet worden, mit ihren Klagen dennoch fortfahren und durch wiederholtes ungestümtes Supplizieren etwas, so gegen Recht und Ordnung ist, durchzusetzen und zu erzwingen suchen.“ In Beziehung auf diese Bestimmung führte das Obertribunal in dem erwähnten Erkenntnisse aus: „Offenbar sind in der angeführten Stelle des § 30 wiederum zwei für sich bestehende Fälle vorauszusehen, wozgleich dieselben, wie dieses oft vorkommt, durch ein „und“ statt durch ein „oder“ miteinander verbunden sind. Zuerst das formell an sich berechtigte Vorbringen von Klagen bei dem Richter, deren materieller Umgang und aber schon vorher ausgesprochen worden ist; sodann das auch seiner Form wegen vorwiegliche, zugleich materiell unberechtigte, wiederholte „ungestümte Supplizieren“ in beliebigen Rechts- oder anderen Angelegenheiten.“

Lauenburg i. P., 15. Oktober. Anlässlich der am 2. September er. stattgefundenen Übersendung des Ehrenbürgerbrieves ist von dem Fürsten d. Bismarck an Magistrat und die Stadtverordneten folgendes Dankesurkunden eingegangen und den Stadtverordneten durch deren Vorsteher, Notar f. W. Nipkow in öffentlicher Sigzung publiziert:

Barzin, den 26. September 1874.
Dem Magistrate und den Herren Stadtverordneten sage ich für die Übersendung des geschmackvoll ausgestalteten Ehrenbürgerbrieves meinen verbindlichsten Dank und spreche wiederholte mein Bedauern aus, daß mein Gejundheitszustand mich verhindert hat, denselben persönlich entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

gewinnt es jetzt den Anschein, als werde sich dieselbe zu einer Vollkommenheit entwickeln, die wir noch vor Kurzem in den hiesigen Verhältnissen für unerreichbar gehalten hätten. Jede einzelne Vorstellung im Bereich der leichten Bühnenmusik, der wir seit Eröffnung des Interimstheaters beigewohnt haben, konnte den an das posener Interimstheater zu stellenden Ansprüchen vollkommen genügen. Das Ensemble hat sich unverkennbar verbessert, die Chorsäße erfahren eine minder beeinträchtigende Executive als früher, der erlebige Posten einer ersten Opernsoubrette ist durch Fr. Grönberg auf's vorzüglichste besetzt worden, unser Tenor Herr Bernhardt leistet von Tag zu Tag Tüchtigeres und — Hauptsache! — die Kompositionen kommen jetzt durchgehends viel besser und sorgsamer einstudiert zur Aufführung, als dies im Sommer der Fall zu sein pflegte. Wir können also mit gutem Gewissen zu regem Besuch der Operettvorstellungen aufmuntern.

Am Sonntag Abend gab man bei ausverkauftem Hause die Suppé'sche Burlesquerie „Zehn Mädchen und kein Mann“ mit Herrn Bernhardt (Paris), Fr. Grönberg (Limonia), Herrn Düsterloch (Schönhahn) und Fr. Voegner als „Sidonia“. Fr. Voegner kommt vom Stadttheater zu Königsberg und gastiert hier auf Engagement als Posen soufflette. Es kann also nicht Sach der Musikkritik sein, ein eingehendes Urtheil über die Qualifikation dieser Dame auszusprechen, es sei daher nur bemerkt, daß Fr. Voegner gestern vollkommen an ihrem Platz war und ihrer Sidonia das Interesse des Publikums bis zum Schluß der Vorstellung zu erhalten wußte.

In musikalischer Hinsicht gebührt Fräulein Grüberg der Preis des Abends. Die geschätzte Sängerin führte ihre italienische Arie (und Chor) mit der Verve einer Primadonna aus, und wurde seitens des Publikums dafür durch reichen Beifall ausgezeichnet. Es kann uns nicht zugeschrieben werden, Suppé'sche Partituren zu feiern, wie die Wagner's oder Mozart's, trotzdem aber möchten wir behaupten, Fr. Grönberg habe in ihrer Stimme den Nothstift etwas zu sehr walzen lassen. Wir sprechen dies hier aus, nicht etwa, weil uns die Suppé'sche Composition (allegro moderato as-dur) sonderlich an's Herz gewachsen wäre, sondern nur deshalb, weil der musikverständige Theil des Publikums auf diese Weise in dem Genuss des schulgerechten Gesanges dieser Künstlerin quantitativ beeinträchtigt wurde. Vielleicht hat Fr. Grönberg die Güte, bei etwaiger Reprise der „Zehn Mädchen und kein Mann“ eine Einlage zu singen. Als hierzu empfehlenswert dürfte z. B. die große Favorit-Arie (e-dur) der Rosine im Barbier erscheinen; auch die übrigen bekannten Einlagen dieser Oper eignen sich dazu.

Herr Bernhardt, dem neuerdings in Folge seiner großen Beliebtheit beim Publikum öfters der Schal im Nacken zu ziehen scheint, stattete seinen Paris gesanglich und dramatisch so überreich aus, daß die Anwesenden aus dem Stadium ungeheurer Heiterkeit nicht viel herauskamen. Sein Tenor klang frisch wie immer, jedoch bot ihm

Strasburg (Westpr.), 17. Oktober. Der preußische Bürger, welcher, wie unlängst gemeldet, von zwei russischen Soldaten auf preußischem Gebiet festgenommen und nach Russland geschleppt wurde, ist auf Verwendung der preußischen Behörden seiner Haft entlassen und in seinem Wohnort Gorzno eingetroffen. Es wird nun allerdings über diesen Vorfall eine Untersuchung geführt werden, aber was wird das Resultat derselben sein? Höfliche Entschuldigungen der russischen Grenzbehörden mit einem Missverständnis, und die Sache ist abgemacht. Wer entshädigt aber den widerrechtlich festgenommenen für die erlittenen Verhandlungen und seine Freiheits-Beraubung?

Lauban, 16. Okt. [Saußsuchung im Nonnenkloster.] Wie der „Laub. Anz.“ berichtet, fand im hiesigen Nonnenkloster, wo selbst der Vorsitzende des laubaner katholischen Gesellen-Vereins residirt, vor einigen Tagen eine Hausaudition nach dem Protocollbuch der genannten Vereinigung statt. Eine Verabsiedlung dieses wichtigen Altersstücks soll verweigert worden sein.

Hannover, 16. Oktober. Die Landessynode hat gestern die Berathung der Trauungsvorlage beendet und diese, ebenso wie die Liturgie im Ganzen genehmigt. Längere Debatten veranlaßte der Kommissions-Paragraph 10, der die Jurisdiccion die kirchliche Trauung verschmähender im Gesetz selbst aufgenommen wissen wollte. Die orthodoxen Heilsaspern hatten große Neigung, den Commissionsantrag anzunehmen, oder ihn noch, wie Sievers wollte, zu verschärfen, endlich gelang es aber Uhlhorn durch die Mahnung, bei Annahme des § 10 werde aus dem ganzen Gesetz nichts, die Ablehnung des Paragraphen zu veranlassen, und nahm dann die Versammlung einen Antrag Meyer's zum Begleitschreiben an, der das bestehende Recht wegen der Abendmahlswiderigerung wahren soll. In der heutigen, wieder 9 Uhr Morgens beginnenden Sitzung erfolgt die letzte Berathung der Trauungsvorlage und Liturgie, sowie die Berathung über den Antrag Struckmann's, betr. Änderung der Synodalordnung.

Tulda, 16. Oktober. Nach der „Tulda. Blg.“ sind zu der gemischten Übungsschule des Seminar-Direktors Görster dahier 30—40 Kinder, Protestanten und Katholiken, angemeldet worden. — Dasselbe Blatt bringt folgende wunderliche Mitteilung: „Den 20. d. M. ist vor dem Kreisgerichte zu Nolensburg Verhandlung gegen die protestantischen „renitenten“ Christlichen wegen der Form der Choröde, die sie zu tragen berechtigt sind, um sich von den Nicht-Renitenten zu unterscheiden.“

Münster, 17. Oktober. Nach Mitteilung niederrheinischer Blätter ist gegen den Bischof Johann Bernhard seitens der Staatsanwaltschaft Untersuchung eingeleitet wegen einer Anprache, die der selbe vor einiger Zeit in der ultramontanen Stadt Rheinberg (Kreis Mörs) gehalten hat. Darin theilte er die Welt in zwei Theile; in dem ersten Theile des § 30 wiederum zwei für sich bestehende Fälle vorauszusehen, wenngleich dieselben, wie dieses oft vorkommt, durch ein „und“ statt durch ein „oder“ miteinander verbunden sind. Zuerst das formell an sich berechtigte Vorbringen von Klagen bei dem Richter, deren materieller Umgang und aber schon vorher ausgesprochen worden ist; sodann das auch seiner Form wegen vorwiegliche, zugleich materiell unberechtigte, wiederholte „ungestümte Supplizieren“ in beliebigen Rechts- oder anderen Angelegenheiten.“

München, 15. Oktober. Der Herr Erzbischof Gregorius von München-Freising hat aus Anlaß des Beitritts der König in Bayern von Baiern zur römisch-katholischen Kirche den folgenden Hirtenbrief erlassen:

Am heutigen Tage, den 12. des Monats Okt., dem Tute des hiesigen Bischofs und Märtyrs Maximilian, an welchem wir so oft die Namensfeier des altherkömmlichen Königs Maximilian II. feiern, beginnen, hat Ihre Majestät die Königin-Mutter Maria das tridentinische Glaubensbekenntnis abgelegt und ist in den Schoß der katholischen Kirche zurückgekehrt. Indem wir diese höchst erfreuliche Thatstade unsern Brüdern und Mitarbeitern sowie dem gesammten gläubigen Volke der Erdyense bewegen, herzens hiermit fundgeben, laden wir sie alle ein, mit uns sich im innigsten Danke gegen den allgütigen Gott zu ver-

die musikalisch stimmlich behandelte Partie des Paris wenig Gelegenheit, zu brilliren. Vielleicht bekommen wir den Sänger bald in einer Opernpartie zu hören.

Herr Düsterloch war ein sehr komischer Papa Schönhahn, und die übrigen Mitwirkenden ließen es sich augenscheinlich recht anlegen sein, zum Gelingen des Ganzen beizutragen. H.

Jagdabentener.

Die „Illustrirte Jagdzeitung“ erzählt nachstehende Jagdgeschichte aus der Provinz Posen, für deren Wahrheit wir keine Bürgschaft übernehmen wollen:

Auf einer im Januar d. J. in der Oberförsterei L. in Posen abgehaltenen Treibjagd befand sich unter den Schützen auch ein katholischer Probst aus R. Derselbe hatte das Unglück, von seinem Nebenbüchsen, der nach einem die Gestelllinie passirenden Hasen schoß, angeschossen zu werden; ein Schrot Nr. 3, welches auf eine unerklärliche Weise — es wurde gleich an Ort und Stelle festgestellt, daß der Nebenbüchsen, nicht in die Schützenlinie geschossen hatte — abgesprungen war, traf die Pelzmütze des Probstes, durchbohrte dieselbe und drang mit Futter und Wattirung in der Gegend der Schläfe einige Linien tief in die Haut ein. Der Probst brach im Feuer zusammen, erholt sich jedoch sofort vom Schrot, der größer war als die Gefahr, und blutete niemals stark aus seiner Wunde. Als die Treiber — lautet volkstümliche Katholiken — nach Beendigung des Treibes von dem Vorfall Kenntniß erhielten und „ihren“ Probst bluten sahen, erklärten sie dem die Treiben leitenden Förster rundweg, sie würden nun nicht mehr treiben; was ihrem Probst passiert sei, könne ihnen auch begegnen und es wäre absichtlich auf ihren Probst geschossen worden.

Gute Worte, die Treiber zu beschwichtigen, halfen nicht; es regneten also energische. Aber auch diese machten keinen Eindruck auf die exzitirten Polen; im Gegenteil, sie trosteten nun erst recht allen Aufsordernungen des Försters und der durch den entstandenen Lärm herangelockten Schützen, verlangten sofortige Auszahlung der Treiberehöre und ihre Entlassung. Beides wurde ihnen natürlich versagt, und es wäre nun beinahe zwischen Schützen und Treibern zu einer Scene gekommen, die zwar für die Letzteren zweifellos am nachhesten geworden wäre, jedenfalls aber auch für die Schützen höchst unaugenzame Folgen gehabt haben würde, wenn nicht der Oberförster zur rechten Zeit den Rüdesführer der ganzen Gesellschaft, einen stämmigen, jungen Polen, beim Krügen gefaßt, und die Schußbeamten, diesem Beispiel rasch folgend, ihn und noch einige von den Aufführern mit Gewalt vor sich her zum nächsten Treibe halb gestoßen, halb geschoben hätten. Der Probst war zwar von den Schützen ersucht worden, sich mit seinem Einfluß ins Mittel zu legen, es gelang ihm dieses aber nicht; auch konnte, da die Unterredung zwischen ihm und den Treibern in polnischer Sprache geführt wurde, nicht genau beurtheilt werden, inwieweit sein Versuch als ernstlich gemeint aufgenommen wurde. Dem energischen Vorgehen des Oberförsters, sowie dem Umstand, daß der Probst trotz seiner Wunde die Jagdgemeinschaft nicht verließ, war es zu verdanken, daß die Treiber sich beruhigten und bis zum letzten Treibe aushielten.

einigen. Unsere Erzbischöflichen werden sich durch dieses tröstliche Ereignis von selbst angetrieben fühlen, für unsren geliebten Landesfürsten, Se. Maj. König Ludwig II., seine erhabene Mutter und das ganze königliche Haus ihre frommen Gebete zu verdoppeln und dadurch ihre altangestammte Treue und Liebe zu dem von Gott uns gesegneten Regenten neuendgs zu bekranken. Am künftigen Sonntag, den 18. Oktober, sollen diese Unsere Hirtenworte am Schluß der Predigt von der Kanzel vorgelesen werden. (gez.) + Gregorius, Erzbischof von München-Freising.

In den ersten Tagen der nächsten Woche wird die Königin Mutter in der Schlosskapelle zu Hohen schwangau die erste Kommunion und hierauf das Salament der Firmung empfangen und zwar durch den Bischof von Augsburg. — Bei hiesigen protestantischen Frauen wird heute eine Adresse an die Königin-Mutter vorgetragen, worin derselben der tiefste Schmerz der protestantischen Familien wegen ihres Glau benswechsels in ziemlich freimüthiger Weise ausgesprochen werden soll.

Ö ster r e i ch.

Wien, 17. Oktober. Am 15. d. sind fast sämtliche Landtage geschlossen worden, nachdem dieselben ungefähr einen vollen Monat getagt haben. Im ganzen verlief auch diese Landtagssession in politischer Hinsicht ziemlich ruhig, und ließ wahrnehmen, daß die von staatsrechtlicher Seite alljährlich wiederholten Demonstrationen heuer wieder um einige Grade schwächer waren als in der vorverflossenen Session. Dagegen bezichtigt die gegenwärtige Landtagssession einen bedeutenden Fortschritt in staatsrechtlicher Beziehung dadurch, daß sie wieder ein neuer Bruchtheit der nationalen Opposition den verfassungsmäßigen Institutionen zuwandte, indem die Jungescheine, wenn auch sehr dezimirt, ihren Eintritt in den Landtag vollzogen. In der Schlussitzung desselben äußerte der Oberstlandmarschall Fürst Auersperg mit Bezug auf sie: „In dieser Session ist unsern Arbeiten der Eifer und die Sachkenntnis jener Männer zugute gekommen, denen die Vaterlandsliebe das höchste Gebot und denen die Erfüllung ihrer Mission eine Ehrenpflicht ist.“ Etwas forschend: „Sie lehnen mit dem beglückenden Bewußtsein heim, dem Vaterlande bestens gedient zu haben. Das Vaterland wird Sie zu schätzen wissen und Ihnen bevorzugen, die ihm mit Thaten dienen, während Andere bloß versprechen.“ — Auch ein zweiter Moment, der glatte wie geschäftsmäßige Verlauf der Verhandlungen im galizischen Landtag verdiente ernste Beachtung, die diesjährige Session ist die erste, in welcher selbst die im Landtag vorhandenen wenigen Ultras die Zwecklosigkeit einer politischen Demonstration erkannten. Die hohe Politik schien in Lemberg in völligen Ruhestand getreten zu sein. Kein Wort erwähnte an die „Resolution“, sondern der Landtag erwies sich ganz vergraben in seine materiellen, so wichtigen Aufgaben. Die polnische Majorität hatte auch vollen Grunt zu solcher vorsichtigen Haltung, denn allzu vernehmlich drang der Ruf der Unzufriedenheit ob ihrer bisherigen lämmischen Leistungen an ihr Ohr und fand das Verlangen nach baldiger Auflösung dieser Landesrepräsentanz, nach einer Neuwahl des Landtags einen für die gegenwärtige Majorität nicht sehr schmeichelhaften Ausdruck. Das Hervortreten solcher Stimmungen mußte um so bedenklicher erscheinen, als dieselben in echt polnischen Kreisen, in solchen, welche zu den mühendsten Resolutionisten ihr Contingent gestellt haben, sich Bahn brachen. Endlich doch gehen den Polen den Augen auf über die Misguthaftigkeit in ihrem Lande, und um nur eines Beispiels zu erwähnen, so ist es gewiß ein merkwürdiges Zeichen der Zeit, daß derselbe Landtag, welcher noch vor Kurzem die ganze Justiz mit seinem politischen Verwaltung an sich reihen wollte, nunmehr bei der Reichsrezierung um Übernahme der Landes-Korrektionsanstalt und des Schwesens petitionirt, sich also für unsfähig erklärt, auch nur das Glück autonomer Verwaltung zu verdauen, welches ihm durch die so viel versprochene und verläßte Landeskord-

nung zugewiesen ist. Neben einer solchen Petition war freilich jede Resolution unmöglich.

Am 20. d. tritt bekanntlich der Reichsrath zusammen. Auf der Tagesordnung der für den 20. d. M. anberaumten ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses steht vor Allem die zweite Lesung des neuen Aktiengesetzes, einer späteren aber überaus wichtigen Reform, welche im Reichsrath gewiß zu bedeutsamen Diskussionen Anlaß geben wird. Nachstehend geben wir eine gebrängte Übersicht der wichtigsten von dem Reichsrath noch von der letzten Session her zu erledigenden Aufgaben, es sind dies außer dem Aktiengesetz die Steuerreform-Vorlagen, das Gendarmeriegesetz, das Militär-Pensions-Normale: die Vorlage wegen Fusion der Nordwestbahn. Im Herrenhause wurden nachstehende von der Regierung in demselben zuerst eingebrochenen Gesetzentwürfe noch nicht in Verhandlung gezogen: Der Gesetzentwurf, betreffend den Verwaltungs-Gerichtshof; das Börsengesetz; die Vorlage, betreffend die Handelsmärkte und befeideten Sensale; überdies liegt dem Herrenhause der vom anderen Hause angenommene Gesetzentwurf, betreffend die klösterlichen Genossenschaften, vor.

Von Initiativanträgen sind seitens des Abgeordnetenhauses unter Anderem zu erledigen: Antrag Seidl, betreffend die Bewilligung von Steuernachlässen bei Unglücksfällen; Antrag Bromber wegen Einbringung einer Dienstpragmatik für die Staatsbeamten (beide Anträge gelangen in der Sitzung vom 20. d. zur ersten Lesung); Antrag Lienbacher wegen Erforschung der Ursachen der Börsenkrisse; Antrag Fux wegen Aufhebung des Legalisierungzwanges und Revision der Grundbuchsordnung; Antrag Foregger wegen Revision des Preßgesetzes; Antrag Umlaufst, betreffend die Aufhebung der Zeitungskontrolle und des Verbots der Kolportage; Antrag Seidl auf Vorlage eines Gesetzes, betreffend die Regelung der Stolgebühren; Antrag Kopp, betreffend die Vorlagen von Gesetzentwürfen in konfessionellen Angelegenheiten; Antrag Prato wegen Gewährung eines selbständigen Landtages für Wälschtirol; Antrag Roser und Fux wegen Ausweisung der Jesuiten; Antrag Heilsberg wegen Abänderung des Delegationsgesetzes; Petition des Vereins „Volksstimme“ wegen Errichtung von Arbeiterkammern; Antrag Seidl wegen Erlassung eines Gesetzes gegen die Fabrikation von Kunstwein. Überdies liegt dem Abgeordnetenhaus der Entwurf einer neuen Geschäftssordnung derselben, sowie der Bericht über die noch nicht verifizierten Reichsrathswahlen aus dem oberösterreichischen Großgrundbesitz vor. Endlich hat das Haus noch Besluß zu fassen über die inzwischen bereits wieder außer Wirksamkeit gesetzte kaiserliche Verordnung, betreffend die Suspension des § 14 der Bankalte.

F ran c e i ch.

Paris, 17. Oktober. „Univers“ bringt folgende, ihm offenbar von der französischen Rundschau zugegangene Note:

„Wir glauben, nach guten Quellen behaupten zu können, daß die Nachrichten über eine zwischen dem h. Stuhl einerseits und Italien andererseits in Folge der Zurückberufung des Orenoque und der Verwendung des Kleber abgeschlossene Übereinkunft vollständig unbegründet sind. Die italienische Regierung erlangte, wie auch ihr mächtiger Verbündeter, durch die Zurückberufung des Orenoque, was sie wünschte. Sie hat sich nicht darum zu kümmern, ob der Kleber oder ein anderes Schiff in einem der Häfen des Mittelmeers stationirt. Für sie hat diese Thatsache nichts Ernsthaftes. Was den heil. Stuhl anbelangt, so hat derselbe nichts verlangt und sich auf keine Kombination wegen des Kleber eingelassen. Möge sich derselbe in Varna, Ajaccio oder Toulon aufhalten; ihm liegt wenig daran. Was auch Herr de Corcelles gefragt haben mag, die Mission des Kleber existiert nicht. Der Orenoque repräsentirte in Civita-Bacchia eine legitime Ansprüche Frankreichs zu Gunsten des h. Stuhls; es war kein Schutz, aber ein Alt der Achtung seitens der ältesten Tochter der Kirche, die in ihrer Rolle bleiben wollte. Der Kleber, an welchem Orte er auch seine Kohlen verbrennen mag, repräsentirt nichts.“

Der Apfelbiss.

Eine Kriminalgeschichte.

Paris war wieder einmal durch eine Mordthat in Aufregung versetzt worden.

An und für sich ist ein derartiges Verbrechen nichts Seltenes in dem großen Seine-Babel; nicht gering mag die Zahl der Menschenleben sein, welche im Laufe eines Jahres durch russlose Hand geopfert werden. Nur zu oft aber wird der Schleier nicht gelüftet, der darüber ruht. Wie viele der in der Morgue niedergelegten Leichen, welche die Seine verausgabt könnten entsetzliche Geschichten erzählen, wäre ihre Bunge nicht starr! Ueber wie viele Vergiftungen deckt der Friedhof von Père Lachaise die fühlbare Erde; wie mancher Ermordete wandert in die Cloaken, wo Legionen von Ratten bald nichts von ihm übrig lassen als die nackten Knochen!

Diesmal aber war die That mit größter Frechheit in einem von unzähligen Miethäusern bewohnten Hause verübt worden. Der Mörder hatte zwar einen Versuch gemacht, die Spuren seines blutigen Werkes zu verbergen, aber dieser Versuch war total mißlungen.

In einer der Mich-Küchen der Vorstadt St. Antoine wohnte im fünften Stocke eine häudige junge Weinhändlerin, Celeste Dubois. Sie war keineswegs eine fleißige Arbeiterin; ihre Hauptnahmen floßen aus sehr unlauterer Quelle, denn Celeste war eine eifrig Besucherin der öffentlichen Bäder und liebte abendliche Promenaden auf den Boulevards, von denen sie häufig in Begleitung nach Hause kam. Der Portier drückte die Augen zu, ihm brachte Dubois manches willkommene Trinkgeld ein. Und ihre Zimmergenossen? Die kümmerten sich wenig um das Treiben ihrer Hausgenossen; große Sittenstrengkeit findet man nur vereinzelt in den Stadtvierteln der guten Stadt Paris.

Eines Morgens, als die Portiersfrau, deren Mann nebenbei das Schuhledergeschäft betrieb, dem jungen Mädchen ein Paar reparierte Stiefelletten bringen wollte, fand sie die Thür nur angelehnt. Die Frau klopfte an und trat ein, da sie keine Antwort erhielt. Fast wäre sie vor Schreck in Ohnmacht gefallen: Celeste lag mit durchschnittenem Hals auf dem Sopha.

Das Allarmeschrei der Portiersfrau rief die Nachbarn heran; bald erschien auch der Polizeikommissär, der das Zimmer bis zum Eintreffen des Untersuchungsgerichtes absperre.

Der aufgenommene Thalbestand ließ keinen Zweifel übrig, daß hier ein Mord begangen worden. Man fand auf dem Schooße der Ermordeten ein blutiges Rasirmesser, welches ersichtlich aus Mordwerkzeug gewesen war, und ihre Hände waren blutbefleckt, so daß auf den ersten Anblick ein Selbstmord begangen zu sein schien. Über die Halswunde war so tief, daß schwerlich das Mädchen sie sich selbst beibringen können, das Messer war bis auf die Wirbelsäule geschrungen und trug Scharren von deren Verübung, und der Schnitt ging von rechts nach links; außerdem konstaute der Gerichtsarzt, daß die Hände der Ermordeten nur durch Anwischen von Blut absichtlich bekleckt worden waren; der Mörder mußte also versucht haben, auf diese Art die Spuren seiner That zu verbergen. Außerdem war die Ermordete beraubt worden. Eine Summe von 60 Francs in Napoleons fehlte; die Dubois hatte das Geld, ihren Notpfennig, noch am Nachmittage vorher der Portiersfrau und einem ihrer Nachbarn gezeigt und erzählte, sie bewahre es in einem alten Strumpf auf, der in ihrer Matratze versteckt sei.

Schon nach wenigen Stunden ward ein Mann verhaftet, welcher im höchsten Grade der That verdächtig erschien. Es war ein im fechsten Stock, in einer Dachkammer desselben Hauses wohnende

Schlossergeselle, ein verheiratheter Mann, Vater von zwei Kindern, bisher unbescholt; er befand sich durch unverschuldetes Misstrauen in bedrängter Lage und hatte am Tage vor der That keinen Sou, um Brot für sich und seine Familie zu kaufen. Dieser Schlosser, mit Namen Ferrand, war es gewesen, dem die Dubois auf dem Corridor ihr Geld gezeigt hatte, wie die Portiersfrau bezeugte. Die Frau sagte ferner aus, daß sie dem Manne einen sehr schönen Apfel für seine Kinder geschenkt habe. Dieser Apfel, weichen Ferrand in die Tasche gesteckt hatte, fand sich im Zimmer der Ermordeten, nur ein Stück war herausgebißt. Ferner fand man bei der Visitation Ferrand's ein Zwanzigfrancstück; ein zweites hatte er am Morgen im Bäckerladen gewechselt.

Ferrand beklagte seine Unschuld. Seine Aussage lautete: „Ich sprach mit der Dubois auf dem Corridor noch, nachdem die Portiersfrau bereits fortgegangen war. Sie bat mich, ihr ein Rasirmesser zu leihen, um sich ein lästiges Hübnerauge zu schneiden. Ich holte das Messer, gab es ihr und wogte es, sie auch um eine Auleihe zu bitten, da es augenblicklich mir so schlecht ginge. Die Dubois war ein sehr gutmütiges Geschöpf und kannte mich als ehrliehen Mann; sie ließ mich zwei Napoleons auf acht Tage. Ihnen wollte sie sie haben, als den Apfel, welchen ich noch in der Tasche hatte; ich freute mich, ihr diesen Gefallen thun zu können. An dem Morte bin ich unschuldig.“

Der Untersuchungsrichter schüttelte ungläubig den Kopf und ließ den Schlossergesellen in Haft nehmen.

Die Frau Ferrand ward vernommen; sie wußte weder von der Auleihe Emas, noch von der Beschaffung des Apfels, noch davon, daß ihr Mann der Dubois ein Rasirmesser geliehen habe. Ferrand, dem dies sofort vorgehalten wurde, erklärte, daß seine Frau sehr eifersüchtig sei; sie habe ihn schon wiederholt gebeten, sich von der läuderlichen Dubois fern zu halten, und deshalb habe er nicht gewagt, ihr die Quelle des Gelbes zu nennen oder des Gesprächs Erwähnung zu thun.

Frau Ferrand war außer sich vor Schrecken, als sie vernahm, welchen Verbrechens ihr Mann verdächtig erscheine. Sie eilte zum Polizeipräfektur, stellte ihm zu Füßen und beschwore ihn mit Thränen, sich des armen Unschuldigen anzunehmen. Der Polizeipräfekt war tief ergriffen; er glaubte zwar nicht an die Unschuld des Schlossergesellen, rief aber dennoch einen der geschicktesten Beamten der Entdeckungs-Polizei und beorderte ihn, die Sache nochmals gründlich zu untersuchen.

Der Beamte, Bellier war sein Name, begab sich zunächst nach dem Ort der That und nahm die kleinsten Kleinigkeiten, welche sich im Zimmer befanden, in Augenschein. Dann ließ er einen Zahnschmied holen und von demselben einen genauen Zahnschmiede des Ermordeten nehmen. Der Zahnschmiede ward mit einer Kompositzähne ausgefüllt und die auf diese Weise entstandene Nachbildung der Zähne der Dubois sorgfältig aufbewahrt; Gleicher geschah mit den Zähnen Ferrand's, und auch der Apfel, oder richtiger das aus demselben herausgebißene Stück ward derselben Prozedur unterzogen.

„Schon an demselben Tage wurde festgestellt, daß weder die Dubois noch Ferrand den Apfel angebißt hatten. Ihre Gebisse wachten nicht zu dem fehlenden Stück. Der Mensch, welcher den Apfel kostete, habe einen schadhaften Zahn links neben dem Augzahn.“

Während des Abends durchstreiften einige zwanzig verkleidete Polizisten die verunsicherten Schänken und Restaurants des Stadtviertels und beobachteten scharf alle Leute, welche sie essen oder trinken sahen, um etwaige Zahnlücken zu entdecken.

Noch in der Nacht führte man einen oft bestraften Verbrecher auf

Die Kleriken acceptiren also das Surrogat für den Orenoque nicht. Desto besser; dem früher verhütschten, jetzt trogen Lieblingskinder kann seitens Frankreichs fernerhin nicht mehr aller Willen gehan werden. Es ist der Kleber den Ultramontanen nicht recht, so werden sie demnächst gar nichts haben.

Der Kriegs-Minister hat beschlossen, daß die Militärs aller Waffengattungen, deren Dienstzeit im Juni nächsten Jahres zu Ende geht und die sich bei ihren Corps befinden, sofort entlassen werden. Es sollen aber Maßregeln ergriffen werden, um diese Leute sofort in die Reserve einzubeleben, damit sie im Falle einer Mobilisierung in letzter Frist eintreten können. — Die Regierung hat den Gendarmen und Militärs, welche bei den Unruhen, die am 4. September in Perigueux und Mézé (die Gendarmen verwundeten dort 19 Personen und schossen eine tot) stattfanden, sich auszeichneter, Ehrenkreuze und militärische Medaillen verliehen.

Tagesübersicht.

Posen, 19. October.

Die Ultramontane in Bayern wagen sich jetzt nach vollzogener Thatsache mit ihrem Jubel über die Konversion der Königin-Mutter hervor. Die „Augsb. Posttg.“ bringt einen Artikel über diejenigen „edlen Geister des Protestantismus“, die ihren innern Frieden schließlich nur in der Rückkehr zur katholischen Kirche finden können. Unter diesen edlen „aus Überzeugung“ katholisch gewordenen Seelen befinden sich u. A. König Heinrich IV., der sich Frankreich für eine Messe erkauft, dann Johann III. Wasa von Schweden und Friedrich August II. von Sachsen, die bekanntlich der polnischen Königskrone zu lieb konvertierten, und die moralische Vorzüglichkeit der betreffenden durchlauchtigen Galerie wird durch Christine von Schweden, Karl II. und Jakob II. von England, sowie durch die Mutter Friedrich's VII. von Dänemark, illustriert. Man erweist der Königin-Mutter von Bayern den Dank und die Verehrung für den vollzogenen Bruch mit den Glaubenstraditionen ihres Stammhauses wahrhaftig auf eine sonderbare Art; die vielgeprüfte und moralisch tardelloso dastehende Dame nimmt sich in dieser Gallerie denn doch etwas eigenhümlich aus. Zu dem Vorgange selbst thieilt die in Speyer erscheinende ultramontane „Rheinpfalz“, offenbar nach dem direkten Bericht des Bischofs Haneberg, noch mit, daß nach Ablegung des Glaubensbekenntnisses die Königin von dem Prinzen Otto in leidenschaftlicher Freude und Dankbarkeit „mit Küsse bedeckt“ wurde. Demnach haben die Stimmen, welche den Bitten und Drängen des eins fehhoffnungsvollen und in seinem jetzigen unglücklichen Zustande von der Königin nur noch mehr geliebten Prinzen einen großen Anteil an der jetzigen Ausführung des lange gehegten Gedankens zuschreiben, doch Recht gehabt.

Die Arnim'sche Angelegenheit wird nunmehr auch den Zivilrichter beschäftigen, nachdem, wie im Mittagblatt gemeldet, die Klage auf Anerkennung des Eigentums an den vom Auswärtigen Amt zurückverlangten Schriftstücken am Donnerstag vom Mandatario des Grafen Arnim der Zivilabteilung des Berliner Stadtgerichts eingereicht worden ist. Auf den Gang der Untersuchung kann dieser Eigentumsverdacht selbstverständlich keinen Einfluß üben, zumal das zivilprofessionelle Verfahren in Folge des weitläufigen Schriftwechsels zwischen den Parteien ein sehr langwieriges und schwieriges ist. Die Klage ist, wie die „B.-Btg.“ hört, gegen den deutschen Reichsfiskus, vertreten durch das Ministerium des Auswärtigen in Berlin, gerichtet. Der Zivilrichter kann den Prozeß instruieren bevor die strafrechtliche Untersuchung zum Abschluß gekommen ist. Da es sich jedoch in beiden Prozessen um die nämliche Streitfrage, nämlich um den öffentlichen oder privaten Charakter einer Anzahl von Schriftstücken handelt, so wird die Feststellung des Kriminalrich-

ter Polizeipräfektur und ersucht ihn höflich, seine Bähne in Wachs zu befestigen. Der Abdruck stimmt mit dem Apfelbiss, die Bähne gab ein unverkennbares Merkmal. Wie vom Blitz getroffen gestand der Mörder sofort und Ferrand konnte schon am Morgen seiner Familie zurückgegeben werden.

In früheren Jahrhunderten wären Folter und Schaffot dem armen Schlosser sicher gewesen (Hamb. Ref.).

Theiner's Beerdigung.

Rom, 14. October.

Sie haben ihn begraben heute gegen Mittag auf dem deutschen Friedhof an St. Peter, wie man einen landfremden und freundlosen Mann begräßt. Der auf ihm lastende Schorn der Kurie hat dies zur Folge gehabt; anders ist es nicht zu erklären. Seine Ordensbrüder vom Oratorium waren davon in Kenntniß gesetzt, daß die Beerdigung heute stattfinden sollte; Theiner's Diener Guiseppe hat es mir hoch und theuer versichert. Aber nicht Einer war zugegen. Undenbar ist es auch, daß in den letzten Tagen — die Verhandlungen mit dem Municipium wegen Beschaffung des Todtentwagens datieren seit Mitte der vorigen Woche — nicht wenigstens ein Theil der zahlreichen italienischen Geistlichen, die ihm zu Lebzeiten befreundet waren, von dem vorstehenden Aile Kenntniß erhalten haben sollte. Aber auch von ihnen war nicht Einer da. Nur einige, drei oder vier, deutsche Freunde des Verstorbenen fanden sich an seinem Grabe ein, um den Platz mit den unvermeidlichen Strafenjungen und Weibern zu teilen, die sich noch im letzten Augenblick durch die angelehrte Kirchhofshür eindrängten.

Theiner's Leiche hatte, wie bekannt, einbalsamt in Civitavecchia gestanden. Man variierte auf die Bestimmungen des breslauer Erben, um die lezte Verfügung zu treffen. Endlich, zwei Monate nach dem Tode, langte die Bestimmung an. Der Diener fuhr hin, um die Leiche abzuholen, nachdem er hier von der bevorstehenden Beisetzung Kenntniß gegeben und die Gefällung des Leichenwagens bewilligt hatte. Die Einlegung nahm der Kistor der deutschen Friedhofskirche, Herr de Waal, vor. Auch bei der Einführung verrichtete er die gebräuchlichen Funktionen. Eine Seelenmasse zelebrierte darauf der bekannte Geistliche Baron v. Linde, welcher durch mehrläufigen Umgang Theiner verbunden war. Mr. Borsig, der Erbe von Theiner's schriftlichem Nachlaß, ist noch von Rom abwesen.

Man hat dem Verstorbenen seine lezte Kubefläte an der Mauer des Kirchhofes, die nach St. Peter zu liegt, gegeben, rechts vom Eingange. In seiner gewaltigen Pracht steigt daneben der Kielendom auf, von der herrlichen Kuppel überwölbt, als ein Sinnbild der Macht derjenigen religiösen Institution, welcher auch Theiner seine Kräfte gewidmet hatte.

Die jetzt im Regiment der katholischen Kirche sitzen, halten ihn für einen Abtrünnigen, für einen Verräuber. Die Geschichte wird ihm ein anderes Urtheil sprechen. Bis zum letzten Augenblick hat er dem katholischen Christenthum, wo er es rein und selbstlos fand, in der Vergangenheit und in der Gegenwart, seine volle Sympathie und ungeheuerliche Verehrung bewahrt, dabei aber manche bittere Thräne vergossen über diejenigen, welche „unter dem Scheine, die katholische Kirche zu haben, vielmehr ihre moralische Autorität vernichtet und die Erziehung, ihrer Aufgaben für die Kultur der Menschheit unmöglich machen“. Wer die Entwicklung der religiösen Fragen, die unsere Zeit aufmerksam verfolgt, für den wird das stillle Plätzchen an der Kirchhofmauer bei St. Peter immer eine bemerkenswerte Stätte der Erinnerung bleiben.

(A. B.)

ters vermutlich auch für den Zivilprozeß entscheidend sein und im Falle der Verurtheilung der verklagten Partei den Einwand der rechtstreuig entschiedenen Sache an die Hand geben. Endigt dagegen der Kriminalprozeß mit der Freisprechung des Grafen, so ist damit die öffentliche Qualität der juridisch behaltenen Schriftstücke von selbst in Abrede gestellt und der Zivilanpruch gegenstandlos geworden. Eine entscheidende Wendung in der Sache selbst wird deshalb von der angestrebten Eigentumssklage des Grafen nicht zu erwarten sein.

Die französischen Organe sind mit den vermögensreichen Beichten über die Maßnahmen angefüllt, welche die Regierung laut offiziösen Andeutungen an der spanischen Grenze ergripen hat. Da soll Herr Nadaillac durch den Präfekten von Nizza erzeigt werden, daß wird von Internirungen und Ausweisungen erzählt, die über alle, der spanischen Nationalität angehörende und im Verdacht karistischer Sympathien stehenden Personen verhangen worden seien sollen. Was an diesen Gerüchten wahr und was falsch ist, läßt sich von hier aus vorläufig noch nicht entscheiden. Ferner sollen zwei karistische Offiziere, welche sich in einem französischen Badeort in Civil aufgehalten, verhaftet und über die belgische Grenze gebracht worden seien. Begründlich ist uns nämlich, daß der französischen Regierung angesichts der spanischen Note daran gelegen sein muß, Lärm unter die Wachsamkeit ihrer Grenzbehörden zu schlagen. Derselbe dürfte aber vielfach ein blinder sein.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. Oktober.

R. Zu dem Theater-Neubau sind im Ganzen 13 Konkurrenz-Projekte eingegangen, die von morgen (20. Oktober) ab 14 Tage in der Aula der Realschule ausgestellt sein werden. Von 113 Architekten waren vor c. 3 Monaten nach Ausschreibung der Konkurrenz an den Magistrat Anfragen ergangen, und sind an dieselben sämmtlich die näheren Bedingungen für den Bau nebst Situationsplänen &c. abgesandt worden.

r. Der Landwehrverein hatte zur Vorfeier des Geburtstages des Kronprinzen Sonnabend Abends in der zu diesem Behufe von der Baubank bereitwillig übergebene Bismarckhalle in der Bismarckstraße eine gesellige Versammlung veranstaltet, die außerordentlich stark besucht war. Die gewaltige Halle war glänzend erleuchtet, und in der Mitte derselben befand sich vor dem Orchester eine Rednertribüne. Die Feier wurde 7½ Uhr Abends durch einige Konzertstücke der Kapelle des 46. Infanterie-Regiments eröffnet, worauf die Sänger des Vereins unter Leitung des Lehrers Kruppe einen Choral sangen. Der Vorsitzende des Vereins, Polizeidirektor Staudy, hielt alsdann die Festrede, in der die Bedeutung des Tages erörtert, und der Kronprinz als Feldherr und Familienvater geschillert wurde. In das Hoch auf den Kronprinzen, mit welchem die Rebe schwieg, stimmte die ganze Versammlung begeistert mit ein. Es folgten alsdann abwechselnd, bis zum Schluß der Versammlung, Konzert- und Gesangspiecen. Der Kaufmann Kahlert machte die Mitteilung, daß der Verein am nächsten Tage durch eine, aus 80 Mitgliedern bestehende Deputation in Folge einer Auforderung seitens des Gouverneurs Freiherrn von Wrangel bei der Einweihung der Gedächtniskapellen in der Garnisonkirche vertreten sein werde, und verlas alsdann einen Bericht der Delegirten des Posener Provinzial-Landwehrvereins über den am 23. August 1874 in Leipzig abgehaltenen allgemeinen deutschen Kriegertag. Es ist in diesem Berichte mitgetheilt, inwieweit die beiden Vertreter der Landwehrvereine der Provinz Posen, Hauptmann Hirschhorn und Kaufmann Kahlert bei den Debatte, sowie bei dem Zustandekommen der auf jenem Kriegertag gefassten Beschlüsse mitgewirkt haben. Was den ersten Gegenstand der Tagesordnung: Berichterstattung über die Stärke und die Tendenzen der bestehenden großen Vereine und Vereinsverbände, betrifft, so hatte Kahlert die Berichterstattung über die Wirklichkeit, die Befreibungen, die Stärke der Krieger-, resp. Landwehrvereine der Provinz Posen übernommen. Derselbe schilderte zunächst die Gründung des Posener Landwehrvereins im Jahre 1867 und wie derselbe mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, berechnete dann als Tendenzen dieses Vereins: Pflege der Liebe zu Vaterland und König, Pflege des militärisch-kameradschaftlichen Geistes, Unterstützung der Familien eingezogener Kameraden zur Zeit eines Krieges und ehrenhaftes Begräbnis verstorbener Mitglieder. Das segensreiche Wirken dieses Vereins habe in der ganzen Provinz Nachahmung gefunden, denn auf Grundlage dieser Tendenzen haben sich in der Provinz Posen bis jetzt 34 Landwehr- resp. Kriegervereine gebildet, und seien fortwährend noch solche Vereine in ihrer Bildung begriffen. Diese bestehenden Vereine haben seit dem September v. J. sich zu einem Provinzialverband vereinigt, der gegenwärtig 24 Vereine mit ca. 8000 Mitgliedern umfaßt, darunter an 3000 Polen, die aber mit ihren deutschen Brüdern sich vereinigt haben zu gleichem Wirken und Streben. Dieser Provinzial-Verband habe in diesem Jahre in Posen sein erstes Provinzial-Landwehrfest gefeiert. Redner wies auch darauf hin, daß gerade die Landwehrvereine der Provinz Posen durch ihr Streben nach Verbrüderung aller wehrhaften Männer der verschiedenen Nationalitäten und Religionen sich der Achtung Aller, besonders der Allerhöchsten Anerkennung unseres Kaisers und Königs zu erfreuen haben und wie diese Verbrüderung jetzt besonders gepflegt werden sollte durch das Vereins-Organ, die Posener Landwehr-Zeitung, die in polnischer und deutscher Sprache erscheine. Diese Mittheilungen wurden mit Beifall aufgenommen. Es ging aus denselben in Zusammenstellung mit den Berichten der übrigen Vereinsverbände hervor: a) daß die Landwehrvereine der Provinz Posen mit zu den bestorganisierten Militärvereinen gehören und durch ihre Befreiungen mit zu denjenigen der sogenannten neuen Schule zu zählen sind; b) daß besonders der Landwehrverein Posen der älteste derartige Verein ist, da der größte Theil der Landwehr- oder Kriegervereine erst nach dem Feldzuge 1870/71 gegründet wurden; c) daß, außer dem deutschen Kriegerbunde und den Kriegerverbänden der Königreiche Preußen und Sachsen, der Posener Provinzial-Landwehrverein die nächstgrößte Vereinigung von Kriegern und Wehrmännern bildet, und d) daß die Tendenzen unserer Vereine den Verhältnissen unserer Provinz angemessen sind und mit zu den besten gehören.

Die Pflege der Wohltätigkeit und Unterstützung der Familien eingezogener Kameraden zur Zeit eines Krieges ist den meisten Kriegervereinen fremd. Auch werden in den meisten dieser Vereine nur Kombattanten der Feldzüge als Mitglieder aufgenommen. Bei dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung, betr. die Gründung einer allgemeinen Kriegerkameradschaft unter Protektorat des Kaisers, unbeschadet der Selbständigkeit und weiteren Entwicklung der einzelnen Provinzialverbände, des Kartellverbandes deutscher Kriegervereine und des deutschen Kriegerverbands, unterstützten die beiden Delegirten den Antrag des Herrn Adamczyk (Oberstleutnant) dahin, daß eine allgemeine Vereinigung der Krieger- und Landwehrvereine in ganz Deutschland erzielt werde unter dem Namen: "Allgemeine Deutsche Krieger-Kameradschaft." Auch erklärten dieselben, daß der Posener Provinzial-Landwehrverein weder dem deutschen Kriegerbunde noch dem Kartellverband deutscher Kriegervereine beitreten werde, sondern sobald diese beiden größeren Verbände sich in Eintracht versöhnen und in der neu zu gründenden allgemeinen Kriegerkameradschaft aufsehen würden, auch unser Provinzial-Landwehrverein nicht zurückbleiben, sondern sich freudig dem großen Ganzen anschließen werde, zumal dieser Anschluß nicht mit materiellen Opfern der einzelnen Vereine und Vereinsverbände verbunden sei. Nach längeren Debatten erfolgte die Einigung des deutschen Kriegerbundes mit dem Kartellverbande

deutscher Kriegervereine, indem der Präsident des Kartellverbandes erklärte, daß der Name dieses Verbandes hemit aufzöhre und er die Gründung einer allgemeinen Kriegerkameradschaft, welche alle Kriegervereine Deutschlands umfaße, freudig begrüße. — In Betreff der Gründung eines einheitlichen Organs für die allgemeine deutsche Kriegerkameradschaft haben die beiden Delegirten für die Gründung eines tückigen einheitlichen Organs unter dem Namen: "Allgemeine Kriegerkameradschaft" gestimmt, obwohl daß es dabei notwendig werde, die den Krieger- und Landwehrvereinszwecken dienenden Provinzial-Organen eingehen zu lassen, die wie bei uns die Posener Landwehr-Zeitung, überaus notwendig sind. — In Betreff des vierten Gegenstandes der Tagesordnung: Wahl eines Vertrauen-Ausschusses zur Ausführung der vom Kriegertage gefassten Beschlüsse und zum Entwurf der Statuten für die allgemeine Kriegerkameradschaft, wurde in das aus 5 ständigen und 5 auswärtigen (correspondirenden) Mitgliedern bestehende Komitee auch die zweite Vorsitzende des Posener Provinzial-Landwehrvereins, Hauptmann Hirschhorn, einstimmig gewählt. Dieses Komitee hat bis Ende Dezember d. J. die Statuten für die Allgemeine Deutsche Kriegerkameradschaft auszuarbeiten und den Vorständen der Provinzialverbände zur Begutachtung vorzulegen. Spätestens am 1. April 1875 tritt diese neugegründete Allgemeine Kriegerkameradschaft in Kraft.

r. Zu der Stadtinspektor-Stelle, welche bekanntlich neu besetzt werden soll, haben sich c. 80 Bewerber aus den verschiedensten Berufsklassen gemeldet. Da technische Kenntnisse und Erfahrungen für ein Hauptverdienst bei Besetzung der Stelle erachtet werden, so sollen, wie man hört, drei Wallmeister, die sich gleichfalls gemeldet haben, die meiste Aussicht haben, zur engeren Wahl gezogen zu werden.

Unfall. Zwei hiesige Droschkenbesitzer fuhren am 14. d. M. die St. Adalbertstraße entlang, als das Pferd dadurch, daß ein vorübergehender Junge einen Stock in das eine Rad hineinholt, schau wurde und durchzog. Das Fahrwerk rasselte gegen einen Kastenbaum an, wurde dadurch zum Theil zertrümmert und beide Personen stürzten aus dem Wagen heraus, wobei der eine Droschkenbesitzer den Arm brach, und innere Verletzungen davontrug.

Eine Schlägerei entstand vor einigen Tagen Abends auf der Wasserstraße, indem eine Arbeiterfrau von einem vorübergehenden Arbeiter geschlagen wurde und auf das Gesicht der Frau ein Eisenbahn-Manaier, welcher bei derselben wohnt, herabstieß, sofort mit einem Messer auf den Arbeiter losfuhr und ihm mehrere Kopfwunden beibrachte.

Diebstähle. Am 14. d. M. Nachmittags wurde einem Tischler auf der Schuhmacherstraße eine französische Zylinderuhr aus unverschlossener Stube vermutlich durch einen polnischen Flößer, gestohlen. — Einem Mütternädchen auf der Kleinen Gerberstraße wurden aus unverschlossenem Kasten 50 Thlr., welche sie durch häßliche mühsame Arbeit erspart hatte, gestohlen. Leider verabsäumen es gerade die kleinen Leute häufig genug, ihre Ersparnisse in die städtische Sparkasse zu tragen. — Einem Steinseßmeister auf der Schießstraße versuchte in der Nacht vom 17.—18. d. M. ein Droschkenfuchs aus verschlossenem Stalle 4 Gänse zu stehlen. Da die Thiere an Wachsamkeit ihren kapitolinischen Schwestern nichts nachgaben, so wurde durch ihr Schnatterer der Steinzeugmeister erweckt, eilte nach dem Stalle und suchte den Dieb zu verhaften. Demselben gelang es jedoch, unter Zurücklassung eines halben Rockes, eines Shawls und einer Mütze zu entkommen.

Meserich, 18. Ott. [Präsident Steinmann.] Vergangenen Donnerstag besuchte Präsident Steinmann unsere Stadt. Auf dem Magistratsbüro stand eine Vorstellung der Beamten sämtlicher Kategorien statt; nächstdem nahm derselbe die Kirchen und Schulen in Augenschein und begab sich schließlich nach dem Spritzenhaus und besichtigte hier die Löschgerätschaften. Nachdem der Präsident mit den Spitzen hiesiger Stadt in dem Kunzemiller'schen Hotel ein Frühstück eingenommen, wurde die Freiwilligen-Feuerwehr alarmirt. Dieselbe fuhr im Karriere nach der posener Straße und machte hier verschiedene Exerzitien an dem ehemaligen Grüneberg'schen Hause, hierauf bezog sie sich zurück nach dem Markt und zur Apotheke und machte vom Dache derselben aus noch mehrere Sprüngungen. Der Herr Präsident sprach sich dem Vernehmen nach sehr befriedigt über die Leistungen der Feuerwehr aus. Auf dem Schloß bei Herrn v. Oatembowksi fand großes Diner statt, an welchem sich auch viele Gutsbesitzer aus der Umgegend beteiligten. Von hier aus begab sich der Präsident nach Tschitten.

an Bon der Obra, 18. Oktober. [Die „scheideliche Historie“] über welche Ihr Korrespondent aus dem schrimer Kreise in Nr. 716 d. Btg. berichtet, hat überall gerechtes Aufsehen erregt und die Runde durch viele Zeitungen gemacht. Wie mir jedoch von durchaus glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, ist darin Manches, naamentlich die Pointe der Geschichte falsch dargestellt. Der Arzt, welchen das Missgeschick traf, durch Aufnahme des Probstes Kubecak auf den Wagen des Landchafisraths von Karsnicki auf Emchen einen Theil seiner Praxis einzubüßen, heißt nicht Dr. Kunze, sondern Dr. Kühn. Er begegnet dem Probst Kubecak nicht auf dem Wege von Emchen, sondern befand sich in Gesellschaft desselben beim Gutsadmiristrator in Xions, von wo ihn der Wagen nach E. abholte. Er nahm daher den Probst nur vom Schloßhofe in E. bis zu seiner Wohnung mit. Die Verbrennung des Wagens und das Ersticken der Pferde mag in der ersten Aufregung vielleicht beschlossen worden sein; daß ganze Auto-da-Fé bestand jedoch nur in einem Ausräubern des Wagens. Öffbar wurde diese Affäre nur um des gemeinen Volkes willen in Scène gesetzt; denn einen solchen Grad von Fanatismus, wie er sich hier zu offenba ren scheint, kann man Herrn v. Karsnicki nicht gut bemessen. Der Fall beweist nur, daß die polnische Aristokratie die kürdlichen Wirken benutzt, um das Volk in politischer Hinsicht gegen das Deutschtum zu entflammten. Die Staatsregierung wird heraus aber auch wieder erkennen, daß sie mit den Ultramontanen und der polnischen Aristokratie früher viel zu sehr gefiebt hat. Landchafisrat von Karsnicki war früher bei der Regierung eine persona grata, und wie ich höre, standen früher Minister und Oberpräidenten in freundlichstem Verkehr mit ihm. Ihm zu Liebe wurden die Bewohner des schrimer Kreises gezwungen, eine kostspielige Chaussee von Xions nach Jaraczevo zu bauen, und in der That wird die Chaussee selten von anderem Fuhrwerk frequentirt, als von solchem, welches zur Abfuhr der Fabrikate des Dominiums Emchen dient. Die Brölsecung, welche bei diesem Zwingbau so manche Härte fühlte, sieht jetzt, wenn auch nicht gerade mit Schadenfreude, so doch mit einer gewissen Genugthuung auf den schlechten Dank, welchen die Regierung dafür ermittelte. Die Aufsezung der Bevölkerung ist wirklich eine allgemeine und wird von Seiten der katholischen Geistlichen fleißig gezeigt gehalten. Zwischen Katholiken und Protestanten ist eine vollständige Scheidung eingetreten. Auch die Deutschkatholiken haben sich auf die Seite der Oppositionellen geschlagen und das Zeitschriftenblatt „Kuryer Posen“ hat wirklich Ursache über die vorzügliche Stimmung der Bevölkerung in Xions erfreut zu seyn. Selbstverständlich schützen die kath. Geistlichen das Feuer auf jede nur denkbare Weise. So erfahre ich, daß sie in ihren Predigten und sonstigem Verlehr dahin wirken, kathol. Geiste abzuhalten, bei evang. Herrschäften zu dienen. Die Folge dieser Beeinflussung zeigt sich bereits darin, daß auf einzelnen Stellen das Geiste den Dienst verläßt und andere neu gemeldete Leute das übliche Wietshägel zurückeben. Auch ist dem Volke gerathen worden, nur mit Glaubensgenossen in geschäftlichen Verkehr zu treten, und auch dies wird ziemlich konsequent durchgeführt. Es bereitet sich ferner eine Koalition vor, um für Xions einen polnischen Arzt zu engagiren und dadurch den mehrwähnten Dr. Kühn unmöglich zu machen. Um die Leute vom Besuch der Kirche in Xions abzuhalten, sendet Herr v. Niegołowski auf Włosieje wki in Eindwagen nach E., um die Gläubigen nach Włosieje wki zu holen, wo seit Ausweisung des Bifar Bal ein benachbarter Geistlicher — in der Regel der Dekan Niesieński aus Jarocin — Gottesdienst abhält. Durch die Straßen fahren langsame Schritte kutschten und Chaisen, deren Insassen dem Volke bedeutungsvoll nach Włosieje wki zu wünschen. — Es sind Anzeichen genug vorhanden, die zu der Annahme berechtigen, daß man dem Probst Kubecak sogar nach dem Leben trachte. An einem Sonn-

abend drängte sich zur späten Abendstunde ein unbekannter Mensch frech in die Wohnung desselben unter dem Vorzeichen, dort über Nacht bleiben zu wollen, um am folgenden Tage dem Gottesdienste beizuwohnen und mache sich erst dann eiligst aus dem Staube, als draußen Schritte laut wurden. Ein anderes Mal wurde ein Bürger des Abends von mehreren Kerlen angefallen. Er gab sich zu erkennen und man ließ ihn frei mit den Worten: „Ah, wir glauben, es sei ein Anderer! — Man urtheilt allgemein, daß die Erbitterung des Volkes diesen Grad nicht erreicht haben würde, wenn Herr Distrikts-Kommissarius Noll in Xions wäre belassen worden. Herr Noll amtierte 7 Jahre in Xions, war mit den Verhältnissen der Bewohner vollständig vertraut und erfreute sich einer allgemeinen Beliebtheit, während der stellvertretende Kommissarius mit den Verhältnissen unbekannt ist und es ihm unter den obwaltenden Verhältnissen überhaupt schwer werden dürfte, sich unter der katholischen Bevölkerung Buneigung zu erwerben.“

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 16. d. erschienene Nr. 42 der von Dr. Guido Weiß herausgegebenen politisch-literarischen Wochenschrift „Die Wage“ enthält: Ein Blättchen preußischer Geschichte. — Das Stimmrecht der Frauen, von Hedwig Dohm. III. — Neue Bücher.

Staats- und Volkswirtschaft.

Pommersche Centralbahn. In Ergänzung unserer bisherigen Mittheilungen über den Bescheid des Handelsministers in Sachen dieser Bahn, haben wir heute noch zu bemerken, daß auf das der Regierung festgestellte Verlangen der Konkurrenzverwaltung, die zur notwendigen Unterhaltung und zum Schutz der halbserigen Bahnanlagen benötigten Mittel aus der gestellten Kavution von ca. 250.000 Thlr. zu gewähren, der Konkurrenzverwaltung anheim gestellt worden ist, sich diese Mittel durch Verkauf des Materials zu beschaffen. Dieser Bescheid wird der „Börs. Z.“ zufolge schwerlich irgendwo auf Billigung rechnen können, denn ein Verlauf des Materials einer Bahn, die ja doch schließlich mit eben demselben Material, von welcher Seite es auch sei, wird fertiggestellt werden müssen, muß doch als eine dem vorhandenen Bedürfnisse geradezu widerprechende Maßnahme erachtet werden, wie außerdem auch das Einbehalten der Kavution gerade in diesem Falle sicherlich nicht der Billigkeit entspricht.

Dortmunder Union. Man berichtet dem „Börs.-Courr.“ über den Abschluß der Dortmunder Union folgende Details. Das Endresultat des Abschlusses ist allerdings eine Unterbilanz, allein dieselbe ist bei Weitem nicht so weit, als vorher gerüchtweise verlautete und ihr gegenüber steht ohnedies die beim vorjährigen Abschluß gelegte Spezialreserve. Auch ist die Unterbilanz nur die Folge der allerdings notwendigen Abschreibungen, während ein Brutto-Resultat aus dem Betriebe des vorigen Jahres sich ein kleiner Gewinn ergibt. Andererseits soll aber eine nicht unerhebliche schwere Schulden bestehen und es möchte auf den Druck dieser wohl auch die ungünstige Einwirkung zurückzuführen sein, die man bisher irrtümlich einer angeblich großen Unterbilanz zuschreibt.

Getreidezufuhren aus Russland. Die Königsberger Hart. Btg. schreibt: „Herr Regierungs- und Baurath Küll aus Bromberg, einst technisches Mitglied der dortigen Direktion der Osthafen, hat sich jetzt mehrere Tage in Königsberg aufzuhalten, um möglichst Vorkreungen zu treffen, daß bei den nun mit Beginn des Herbstes zu erwartenden größeren Getreidezufuhren aus Russland den Anforderungen des handelstreibenden Publikums, so weit es die Umstände gestatten, Rechnung getragen werde. Er wieweit sich diese Vorkreungen erstreben sollen, ist noch nicht bekannt. Vorläufig lagert das Getreide auf dem Rangierbahnhof ebenso wie im vorigen Jahre unter freiem Himmel, nur daß es nicht auf nasser Erde liegt und mit Plänen bedeckt wird. Die früher laut gewordene Hoffnung, einige Rothschuppen errichtet zu sehen, muß für dieses Jahr ähnlich ausfallen.“

Vermischtes. * Auf dem Gottesacker in Wittberg fand am 13. Oktober die Beerdigung eines jungen Geistlichen statt, welcher singst in einem Eisenbahn-Coupe tot angetroffen wurde. Der Verstorbene war Hülfsprediger am Dome zu Berlin und war auf dem Wege nach Merseburg, um dort befußt Erlangung einer Pfarrstelle seine Probeprädiat zu halten. Er hatte seine in Königsberg lebende Mutter auf den Bahnhof beschieden, dort auf das Herzlichste begrüßt und dann seine Reise, allein in einem Coupé zweiter Klasse, fortgesetzt. Seine Leiche wurde in ruhiger Stellung mit einer aufstellend tiefen Sonderrutsche im Halse gefunden. Auffallend ist es ferner, daß ein Messer oder ein anderes Instrument, mit welchem die That ausgeführt sein könnte, weder im Coupé gefunden worden ist, noch auf der Bahnhofstraße, auf welcher die That geschehen sein muß. Letzte hat man in der Annahme, daß das Todeswerkzeug auf irgend eine Weise den Weg durch das Fenster gefunden haben könnte, genau, aber ohne Erfolg abgesucht. Obgleich jedes Anzeichen von der Mitwirkung einer fremden Hand fehlt, könnte man dennoch an ein Verbrechen denken, wie solche in neuerer Zeit öfters auf Eisenbahnlinien vorgekommen sind. Dagegen spricht der Umstand, daß man eine Baarschaft von 60 Thaler bei dem Verstorbenen vorgefunden hat. Zur Beerdigung war der Domprediger Straß aus Berlin und ein Theil des Domchores eingetroffen. Ein wittenberger Geistlicher sprach ein Gebet.

Bischöfswerte. Was genau auf Heller und Pfennig ein Bischof wert sei, diese Frage hat, schreibt die „Fr. Btg.“ seitdem sie dem „Schmierbauch“ von St. Gallen so viele Pein und den Schäfer desselben zum berühmten Manne gemacht hat, vollständig geklärt. Unreine Bischöfe fügen ebenfalls hohe Geldstrafen ab, die in das Maximum der zu substituierenden Haft — in zwei Jahre — verwandelt sind; die Zurückbehaltung des Gehalts tilgt alsdann diese Strafen und es fragt sich nun, auf welche Summe ist der Tag zu taxiren, den ein Bischof wirklich abstift. Dem Kölner wurden 3½ Thlr. geschrieben und er ist, da Alles getilgt, ohne Widerrede das Staatsanwalts entlassen worden, der Kölner verlangte, daß man die 730 Tage der zwei Jahre in die Summe der Geldstrafen, 10,400 Thaler, dividire, wobei es sich erzebe, daß er pro Tag 14 Thlr. 7½ Sgr. absinge. Erste und zweite Instanz in Trier haben trotz der Einsprache der Staatsbehörde, die nur 5 Thlr. bewilligen wollte, den tagl. den Sitzwert des Herrn Eberhard nach dessen eigener Schätzung bestimmt — als Hans Bendix wird jetzt wahrscheinlich das Obertribunal die halbe Rente zu knicken haben.

Briefkasten.

K. in K. Wir bitten, uns die betr. Zeitungsexemplare zurückzusenden, da wir dieselben brauchen dürfen, wenn unser Freund ein merkwürdiges Ende nimmt. Halten Sie ihm doch gefällig die Dinte zu!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen. Berlin, 19. Oktober. Die „Nord. Allgem. Btg.“ erfährt, daß die Meldung von der Designirung Madai's zum Regierungspräsident in Marienwerder völlig grundlos sei. Dieselbe bezeichnet das Gerücht von Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Bülow, dessen Ursprung in der Reichspolitik oder in den dem Reichskanzler feindlichen Gesellschaftskreisen zu suchen sei, so daß als Verbreiter mehrere vor 1866 offenfundig antipreußische Staatsmänner bezeichnet wurden, als

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I. Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder ohne Berücksichtigung von Befreiungsgründen darin eingetragen worden zu sein, so hat derselbe innerhalb der gesuchten 3 Tage seine Einwendungen entweder schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Nach dieser Zeit wird die Liste geschlossen.

Posen, den 19. October 1874.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Am 5. November d. J.

Vormittags 9 Uhr, sollen in unserem Amtssalon, Zimmer Nr. 4,

23 Gr. 53 Pf. 169 Gr.

alte Papiere zum beliebigen Gebrauch,

5 Gr. 24 Pf. 368 Gr.

dassel. zum Einstampfen,

9 Gr. 5 Pf. Blei

an den Meistbietenden unter Vorbehalt höherer Genehmigung verkauft werden, wozu Kaufstüchte hierdurch eingeladen werden.

Posen, den 16. October 1874.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Bekanntmachung.

Die Anfertigung der für die Forts Winiary und Radziwill hier selbst erforderlichen 97 Stück Schirmwände von Holz für die Unteroffiziere, soll im Wege ...

Donnerstag, den 22. d. M.

Vormittags 10 Uhr,

im Bureau der unterzeichneten Verwaltung — Wallstraße Nr. 1 — verhandelt werden. Besiegeln und genehmigte Offerten sind bis dahin abzugeben, da später eingehende und Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Die Bedingungen, welche in dem genannten Bureau zur Kenntnahme ausliegen, sind vor Abgabe der Offerten von den Unternehmungslustigen zu unterschreiben.

Posen, den 16. October 1874.

Egl. Garnison-Berwaltung.

Bekanntmachung.

Königliches Kreis-Gericht.

Abtheilung für Civil-Sachen.

Posen, den 14. Juli 1874.

Der von dem Händler Isaac Opel zu Glogau, an die Ordre der Handlung M. L. Lipschuch zu Posen ausgestellte Wechsel d. D. Posen, den 25. Februar 1851, über 254 Thlr. 25 Sgr., zahlbar 4 Monate a dato, ist angelich verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird aufgefordert, denselben bis spätestens

am 23. März 1875,

dem unterzeichneten Gerichte vorzulegen, widrigens der Wechsel für traktlos erklärt werden wird.

Bekanntmachung.

Der von dem Kaufmann Henry Sherman zu Berlin am 16. September 1873 auf den Kaufmann C. Bardfeld zu Posen gezogene, an eigene Ordre vier Monate a dato zahlbare Wechsel über 142 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf., welcher von dem Bezugenen mit seinem Accept versehen sein soll, soll auf dem Postwege von Posen nach Berlin angeblich verloren gegangen sein.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird hierdurch aufgefordert, denselben bis zum 10. Februar 1875 dem unterzeichneten Gerichte vorzulegen, widrigens der Wechsel für traktlos erklärt werden wird.

Posen, den 21. September 1874.

Königliches Kreisgericht;

Abtheil. für Civil-Sachen,

ges. Kleinow.

In unser Handelsregister, die Aus-

schließung der Gütergemeinschaft be-

treffend, ist sub Nr. 21 eingetragen

dass der Kaufmann Herr-

mann Jacobi in Lissa für seine

Ehe mit Bertha geborenen Bern-

stein die Gemeinschaft der Güter und

des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Lissa, den 12. October 1874.

Königliches Kreisgericht.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I.

Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk

des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder

ohne Berücksichtigung von Befreiungs-

gründen darin eingetragen worden zu

sein, so hat derselbe innerhalb der ge-

suchten 3 Tage seine Einwendungen

entweder schriftlich oder zu Protokoll

anzubringen.

Nach dieser Zeit wird die Liste ge-

schlossen.

Posen, den 19. October 1874.

Königliches Kreisgericht.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I.

Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk

des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder

ohne Berücksichtigung von Befreiungs-

gründen darin eingetragen worden zu

sein, so hat derselbe innerhalb der ge-

suchten 3 Tage seine Einwendungen

entweder schriftlich oder zu Protokoll

anzubringen.

Nach dieser Zeit wird die Liste ge-

schlossen.

Posen, den 19. October 1874.

Königliches Kreisgericht.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I.

Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk

des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder

ohne Berücksichtigung von Befreiungs-

gründen darin eingetragen worden zu

sein, so hat derselbe innerhalb der ge-

suchten 3 Tage seine Einwendungen

entweder schriftlich oder zu Protokoll

anzubringen.

Nach dieser Zeit wird die Liste ge-

schlossen.

Posen, den 19. October 1874.

Königliches Kreisgericht.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I.

Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk

des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder

ohne Berücksichtigung von Befreiungs-

gründen darin eingetragen worden zu

sein, so hat derselbe innerhalb der ge-

suchten 3 Tage seine Einwendungen

entweder schriftlich oder zu Protokoll

anzubringen.

Nach dieser Zeit wird die Liste ge-

schlossen.

Posen, den 19. October 1874.

Königliches Kreisgericht.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I.

Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk

des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder

ohne Berücksichtigung von Befreiungs-

gründen darin eingetragen worden zu

sein, so hat derselbe innerhalb der ge-

suchten 3 Tage seine Einwendungen

entweder schriftlich oder zu Protokoll

anzubringen.

Nach dieser Zeit wird die Liste ge-

schlossen.

Posen, den 19. October 1874.

Königliches Kreisgericht.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I.

Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk

des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder

ohne Berücksichtigung von Befreiungs-

gründen darin eingetragen worden zu

sein, so hat derselbe innerhalb der ge-

suchten 3 Tage seine Einwendungen

entweder schriftlich oder zu Protokoll

anzubringen.

Nach dieser Zeit wird die Liste ge-

schlossen.

Posen, den 19. October 1874.

Königliches Kreisgericht.

In Gemäßheit des § 65 der Verordnung vom 3. Januar 1849 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Nachweisung derjenigen Personen hiesiger Stadt, welche als Geschworene berufen werden können

am 21., 22. und 23. dieses Monats

während der Dienststunden im Bureau I.

Zimmer Nr. 10 im zweiten Stockwerk

des Rathauses zur Einsicht offen liegen wird.

Behauptetemand, übergegangen oder

ohne Berücksichtigung von Befreiungs-

Ein Gute

von circa 1000 Morgen wird zu kaufen oder zu pachten gesucht. Franco-Öfferten unter M. O. 112 werden poste restante Gollub, Westpreußen, erbeten.

Wettsel
auf New-York,
sowie auf alle Plätze der
United States & Canadas
in Gold oder Papier, zahlbar in beliebigen Beträgen zu dem billigsten Lages-
Kurs bei uns zu haben. Incaissi auf die United States werden prompt
bevorgt.
William Rosenheim & Co.,
8. Dorotheenstraße, Berlin.

Capitalien
auf ländl. und städt. Grundbesitz
vermittelt das landwirtschaftl.
Bureau zu Berlin, Friedrichstr.
Nr. 178.

Spezial-Arzt Dr. Meyer, Berlin,
heilt Syphilis, Geschlechts- u. Haut-
krankheiten in d. kürzesten Frist u.
garantiert selbst in den hartnäckig-
sten Fällen für gründliche Heilung.
Sprechst. Leipzigerstr. 91 von 8—1
und 4—7 Uhr. Auswärtige brieflich.

Ich wohne jetzt Breite-
straße 17, (Eingang Gerber-
straße.)

Dr. Landsberger,
prakt. Arzt.

Zahnarzt

S. v. Kremski
wohnt jetzt Bergstr. 4,
vis-à-vis dem Cegielki-
schen Garten.

Geschlechts- krankheiten,

Hautkr., Schwächezustände Sy-
philis und deren Folgen werden
stets mit sichem Erfolge brieflich
geheilt.

Dr. Harmuth,
Berlin, Prinzenstrasse 62

Freiwilligen-Examen.

Nene Curse. beg. 12. Oct.
Pension.

Posen, Berlinerstr. 23, vis-a-vis
der Paulikirche.

Dr. Theile.

Nach Posen wieder zurückgekehrt,
wohne ich nach wie vor Schifferstr. 20,
1 Treppe.

Dr. Pittmann,
gerichtlicher Taxator und Boniteur.

Die Haupt-Agentur des
allgemeinen Commissions-
und Credit-Bereins von
Brock & Sommer in Ber-
lin zum Verkauf der An-
theile auf Prämienloose von
Staaten, große Eisenbahnen,
Städte u. c. auf monatliche
Ratenzahlung, ist mir für
Garnison und die Umge-
gend übertragen worden, und
halte ich mich zur Entgegen-
nahme von Aufträgen, so wie
zur Erteilung jeder ge-
wünschten Auskunft auf fran-
zösische Briefe bestens empfohlen.
Auch werden Anteillose zur
151. Königlichen Preußischen
Klassen-Lotterie gegen baar
versendet.

Zarnikau, d. 17. Oktober 1874.
August v. Chmielewski.

Ein Pferd,

Fuchsstute, ist billig zu ver-
kaufen Kl. Gerberstraße 9.

Feder- u. Schmelzbüste
empfiehlt billig.

C. F. Schuppig.

Heute Dienstag (Abends):
Königsberger Klopse und Eisbeine
im Bier- und Frühstücks-Lokal St. Martin 69.
Reinhold Klambt (früher Mischke.)

Baer & Rempel's

Familien-Greifer-Nähmaschine, preisgekrönt wegen Vor-
züglichkeit: Paris 67. Wien 71. Lager: Posen, Markt 9,
1. Etage, in der Wäschefabrik von

C. W. Nückel.

In unserem Verlage ist erschienen:

Comtoir-Wand-Kalender für 1875.

Im Duzend 24 Sgr., einzeln 2½ Sgr.
Posen.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.
(E. Röstel.)

Kalendarz

polski i gospodarski dla W. Ks. Poznańskiego
na rok 1875

wyszedł z druku i oprócz kalendarza kościelnego, astronomicznego, żydowskiego i t. d. zawiera: Komeda w podróży, Czy Wincenty z Szamotuł był zdrażaj? Materyalizm i materialiści naszego czasu, Józef Łukaszewicz (biografia), Istota i zalety nowych pieniędzy, redukcja ich na stare i odwrotnie, Wykaz jarmarków W. Ks. Pozn. Prus Wschod. i Zachod. i Śląska, drugi Wykaz jarmarków (chronologiczny) porządkiem miesięcy i dni ułożony.

Nabyć go można w każdej księgarni. Cena 9 sgr.

Drukarnia Nadworna W. Deckera i Sp.
(E. Röstel)

w Poznaniu.

Dampfdrusch!

Nehtere Dampfdruschinen,
vorzüglich arbeitend, mit Spezial-
Verrichtung zum

Aleedrusch

verschen, sind auf längere Zeit zu
vergeben.

Bernstadt i. Schl.

C. von Elsner.

Roggensuttermehl,
Weizenschaale und frische
grüne Krapfekuchen verkauft
zu ermäßigten Preisen ab
hier und allen Bahnstationen

A. S. Lehr,
Große Gerberstraße 18.

Circus
Krembsen.
Sechs kleine
Ponny's
werden zu kaufen gesucht.



Der Ponnyverkauf in der
Stammshäre Ustkov bei
Krotoschin (Leutewitz-
Merziner Abstammung)
beginnt am 20. October.

F. Koeppl.



Bliżycy bei Kiszlowo ver-
kauft, von anderen, woll-
reicherem Zuchtböcken, wie bis-
her abgestammend, besser besetzte
wollrichere Böcke — Merino-
Kammwoll-Bolldeback — zu
mäßigen Preisen.

Alle Arten Damengarderobe,
sowie auch Ballkleider werden schnell
und geschmackvoll angefertigt Ballkleider
Nr. 85/86, drei Treppen.

Für Damen!
Glashandbuch 2 Knöpfä 12½ Sgr.
find wieder vorrätig bei
Joseph Basch, Markt 59.

Heute Dienstag (Abends):

Königsberger Klopse und Eisbeine

im Bier- und Frühstücks-Lokal St. Martin 69.

Reinhold Klambt (früher Mischke.)

Nur 3 Sgr. per Pf. empfiehlt die schönsten zuckerfüßen Kur- und Tafel Weintrauben, großherzig
L. Kletschoff, Posen, Krämerstr. 1

Potterie-Loose ¼ 20 Thlr. (Drig.)

½ 9 Thlr. ¼ 4½ Thlr. ½ 2½ Thlr.

v. E. G. Dzanecki, Berlin, Janowitsch. 2

Lott.-Loose Drig. ¼ 22 Thlr. in Anth.
½ 19 Thlr. ¼ 9½, ½ 4½, ½ 2½, ½ 1½

1½ Thlr. verl. u. vers. das erste u.

älteste Lott.-Compt. Preus. von

Scheret, Berlin, Breitestr. 10.

Milchpachtungs-Gesuch.

Ein laufensfähiger Schweizer sucht eine Milchwachtung von 50 bis 100 Kühe und darüber zur Käse-
fabrikation.

Offert, erbietet Exped. d. Pos. Bei-

tung Chiff. S. S. 100.

Frische Taselbutter,

a Pf. 13 Sgr., Gedrigspreisel-
beeren, a Pf. 4 Sgr. empfiehlt

R. Adam, Wronker 91.

Thee

in allen Sorten namentlich russische

von 20 Sgr. das Pfund

ab bis zu den hochfeinsten empfehlen

Gebr. Miethe,

Sapiehlaplatz 1.

Weintrauben

das Brutto-Pfund 3 Sgr. versendet

gegen Einführung des Betrages.

Reinhold Bartsch,

Saabor pr. Grünberg.

Grünberger Weintrauben

das Brutto-Pfund 3 Sgr. versendet

gegen Einführung oder Nachnahme des

Betrages. Eingelegte Früchte pro Pf.

15 und 20 Sgr. Näheres durch be-

sondere Preisliste. (H. 22846)

Gebr. Neumann, Grünberg i. Schl.

Das Musikalien-Leih-

Institut

von

E. & R. Herse

Bromberg, Friedrichstraße 7.

auf das Reichstagswahltag assortiert

und mit allen Novitäten auf dem

Gebiete der musikalischen Literatur

versehen, empfiehlt sich unter bil-

ligsten Bedingungen zur gefälligen

Benutzung.

Jährliche Abonnements

ohne Prämie zu 4 Thlr.

mit Prämie zu 6 und

8 Thlr.

Prospekte gratis.

Das deutsche Schatpiel!

Anleitung zum Schatpiel für

heitere und gemütliche See-

len. In Knittelversen mit einem An-

hang Schatelier. 10 Sgr. Posen bei

Ernst Rehfeld, Wilhelmplatz 1.

! Das seine Billardspiel!

Anleitung zur Erlernung des

selben nach praktischer und wissen-

schaf. Erfahrung. Mit 14 Taf. 10 Sgr.

Posen bei Ernst Rehfeld, Wilhelmsplatz 1.

80. Königl. Preuss. 30.

Lotterie-Loose

zur Hauptziehung 150. Pr.

Lotterie (24. Okt. bis 9. Nov. c.)

versendet gegen baar (auch wäh-

rend der Ziehung): Originale

½ a 45 Thlr. ¼ a 22 Thlr.

Anteile ½ a 10, ¼ a 5,

½ a 2½ Thlr. (6240).

E. Hahn, Berlin, S.

30. Kommandantenstr. 30.

Man eile, dem Glücke

die Hand zu bieten!

Schon am 24. Oktober d. J.

beginnt die große Haupt- und

Schlussziehung der 150. Königl.

Preuss. Staats-Lotterie und kommen

hierbei folgende Haupttreffer unbedingt

zur Entscheidung: 150,000, 100,000,

50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 20,000

Thaler u. v. A.

Anteile - Lose hierzu verkauft

und versendet gegen baar:

½ a 66%, ¼ a 33%, ½ a 16%,

½ a 8½, ¼ a 4½, ½ a 2½,

½ a 1½ Thaler das vom

Glück am meisten begünstigte

Lotterie-Comptoir von

Aug. Tröse, Danzig.

Zur Hauptziehung

Preuss. Lotter